

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 13

Berlin, den 29. März 1930

5. Jahrgang

Vor der Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise?

Zum erstenmal in der Nachkriegszeit stehen wir in einer Krise, die die ganze Weltwirtschaft erfasst hat. In allen Ländern, mit Ausnahme Frankreichs, ist besonders seit dem Herbst des vergangenen Jahres die Konjunkturkurve steil abgefallen. Die Gleichzeitigkeit der Krise verschärft die Schwierigkeiten in den einzelnen Ländern.

Man muß bei der Weltwirtschaftskrise deutlich zwischen einem chronischen und einem akuten Teil unterscheiden. Der chronische Teil besteht darin, daß die Binnenhandelsumsätze stärker steigen als die Welthandelsumsätze. In den Jahrzehnten vor dem Kriege stieg der Welthandel um 3 bis 4 Proz. jährlich. Die gleichen Zahlen gelten für die normale Nachkriegsentwicklung, zum Beispiel für die Jahre 1927 und 1928. Zweifellos sind aber die Binnenhandelsumsätze stärker gestiegen als nur 3 bis 4 Proz. jährlich, wenn es auch nicht möglich ist, die genauen Zahlen anzugeben. Die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes läßt sich verhältnismäßig nach. Die Länder müssen sich mehr als vorher auf den Binnenmarkt umstellen. Dieferte Europa früher vor allem Fertigwaren, wie Garne, Stoffe, Gebrauchsgüter aller Art, so ist heute schon das Schwergewicht der Ausfuhr auf Maschinen und sonstige Produktionsmittel verlegt. Die alten Länder rüsten die neuen Länder selbst mit den Industrien aus, die ihnen scharfe Konkurrenz machen werden und zum großen Teil schon machen. Die Gegenwirkung gegen die daraus entstehende Neigung zur chronischen Weltwirtschaftskrise muß eine planmäßige Ausweitung der inneren Umsätze durch Hebung der Massenkaufkraft und eine vernünftige Einteilung der Wirtschaftsgebiete sein. Nur dann kann die fortschreitende Industrialisierung der ganzen Erde zu einer entsprechenden Hebung des allgemeinen Wohlstandes führen und können drohende weltwirtschaftliche Zusammenbrüche vermieden werden.

Wichtiger als der chronische Teil der Weltwirtschaftskrise ist gegenwärtig für uns ihr akuter Teil. Wie schon erwähnt, steigen die Welthandelsumsätze normalerweise 3 bis 4 Proz. jährlich. Das vergangene Jahr brachte eine Senkung von 1,6 Proz. Die Arbeitslosigkeit ist überall erschreckend gestiegen. Selbst der milde Winter brachte keinen Ausgleich. Die saisonmäßige Belebung bei Frühjahrsbeginn ist vorläufig geringer als gewöhnlich. Es sprechen aber eine Reihe von Anzeichen dafür, daß der Tiefpunkt erreicht ist.

Wenn die Wirtschaft ins Stocken kommt, wenn Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen folgen, ziehen sich große Teile des flüssigen Kapitals aus der Produktion zurück und erscheinen auf den Geldmärkten. Das Kapital wird „billiger“, die Zinssätze sinken. Seit dem Oktober vorigen Jahres hat die Deutsche Reichsbank den Diskont von 7,5 auf 5,5 Proz. abgebaut. Die Bundesbank der Vereinigten Staaten ging in der gleichen Zeit von 6 auf 3,5 Proz. herunter. Die anderen wichtigen Länder sind in ähnlichen Ausmaßen gefolgt. Die Geldverbilligung ist aber eine der wichtigsten Triebkräfte für die Wiederankurbelung der Produktion, so wie die Geldverteuerung den Aufstieg abbremsen.

Seit Jahren bemüht man sich, in den Ablauf der Konjunktur einzugreifen, den man schon längst nicht mehr als ein unabwendbares Naturereignis betrachtet. Durch planmäßige Hebung und Anpassung der Kaufkraft durch bessere Verteilung des Kapitals, durch bessere Verteilung der Aufträge und durch Begünstigung der Schlüsselindustrien, besonders des Baugewerbes, kann viel erreicht werden. In der Praxis sind aber die Widerstände noch so groß, daß man sich von diesen Versuchen nicht allzuviel versprechen darf. Vorläufig hängt das Wirtschaftsprogramm des amerikanischen Präsidenten Hoover noch genau so in der Luft, wie verschiedene deutsche Anturlastungsversuche durch Steuerentlastung.

Von erheblicher Bedeutung für die wirtschaftliche Lage Deutschlands, und von dieser ausstrahlend für die weltwirtschaftliche Lage, muß sich die Verabschiedung des Young-Planes 3 erweisen. Es war augenscheinlich zu optimistisch, eine Besserung schon im vergangenen Jahr nach dem Abschluß der Pariser oder wenigstens der Haager Verhandlungen zu erwarten. Silberndings Finanzprogramm ist an diesem verkrühten Optimismus gescheitert. Man darf aber nicht vergessen, daß der Young-Plan von verschiedenen der beteiligten Mächte noch nicht ratifiziert, und daß insbesondere der Kampf um die innere Lastenverteilung in Deutschland noch nicht abgeschlossen ist. Dann müßte es schon eigenartig zugehen, wenn sich die Erleichterung, die der Young-Plan gegenüber dem Dawesplan zweifellos bedeutet, nicht auswirken würde. Drei Punkte sollen hier noch einmal hervorgehoben werden: Der Young-Plan begrenzt unsere Belastung. Es ist für uns nicht möglich, mit ganz bestimmten Summen zu rechnen, und es ist für die Gläubigerstaaten nicht mehr möglich, mit Hilfe eines Wohlstandsindex jeberzeit den Maßstab von der deutschen Wirtschaft abzuschöpfen. Damit fällt eine der schlimmsten Meinungen für den wirtschaftlichen Aufbau fort. Ferner bedeutet der Young-Plan eine wesentliche Herabsetzung der Leistungen. Das Magazin der Wirtschaft stellt eine in dieser Hinsicht sehr interessante Rechnung auf. Wenn man die Belastung aus dem Young-Plan mit Dawesplanuntätigkeiten abtragen würde, so wäre sie in rund 24 Jahren getilgt! Der Dawesplan lief aber theoretisch auf ewige Zeit, praktisch jedenfalls wesentlich länger als 24 Jahre, wenn nicht ein Strich durch die Rechnung gemacht wird, der dann aber auch durch die Youngrechnung geht. Es gehört die ganze Verlogenheit unserer Volks-

entscheider dazu, diese Erleichterung des Young-Plans in Er-schwerungen umzufärben.

Drittens ist der Young-Plan noch reviditionsfähig, und zwar auf eine Weise, die den Sicherungen des Dawesplans praktisch nicht nachsteht. Günstig für Deutschland ist auch, daß es einen beträchtlichen Anteil der ersten großen Mobilisierungsanleihe, nämlich 400 Mill. RM, erhalten wird.

Die Mobilisierungsanleihe wird nicht die einzige Auslandsanleihe sein, die Deutschland in den nächsten Monaten erhalten wird. Die größere Sicherheit nach der Neuregelung der Reparationen und die größere Geldverbilligung im Ausland werden wahrscheinlich einen Strom von Kapital nach Deutschland ziehen und so den wirtschaftlichen Aufschwung begünstigen. Deutschland kann immer noch nicht auf Auslandskapital verzichten oder, besser gesagt, es kann aus fremden Anleihen immer noch wesentlich mehr herausholen, als nur ihre Verzinsung und Tilgung. Wir wissen, wie ungünstig sich die Anleihebesperre des nun verlassenen Reichsbankpräsidenten Schacht ausgewirkt hat, der obenbrein eine ausgesprochene Abneigung gegen gemeinwirtschaftliche Betriebe gezeigt hat. Wenn im Winter 1928/29 eine Kälteperiode herrschte, so kann man mit Recht im vergangenen Winter von einer Schachtperiode sprechen, die mindestens die bestehende Krise verschärft. Wir erwarten vom neuen Reichsbankpräsidenten Luther eine Politik größerer Einsicht, größerer Unparteilichkeit und geringerer Sprunghaftigkeit. Wie haltlos das ganze Vorgehen Schachts war, zeigt sich schon daran, daß er bei seinem Rücktritt erklärte, und mit Recht erklärte, daß die deutsche Währung unter keinen Umständen gefährdet sei. Mehr als Währungsschutz wird aber von einem Reichsbankpräsidenten nicht erwartet. Wenn er politische Diktaturgelüste zeigt und dazu seine einflussreiche Stellung mißbraucht, ist es besser, wenn man ihm durch allerlei Schwierigkeiten den Rücktritt erleichtert.

Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen.

Die Kämpfe um die Neuregelung der Reparationen, um Finanz- und Verwaltungsreform, um Sozial- und Arbeitslosenversicherung haben in Verbindung mit dem Rückgang der Konjunktur dazu geführt, daß die Probleme der Wirtschaft wiederum in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt sind. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß die entscheidenden Gesichtspunkte für die Arbeitnehmererschaft von der Fülle der stets neu auftauchenden Einzelfragen überwuchert wurden. Es war daher notwendig, einmal diejenigen Punkte herauszustellen, auf die es im Kampf um den Lebenspielraum der Arbeitnehmererschaft und um die sozialen Er-rungen der Republik besonders ankommt.

Aus diesem Grunde hat der DGB in Gemeinschaft mit dem RW-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund für seine Funktionäre und darüber hinaus für alle wirtschaftlich interessierten Gewerkschaftsmitglieder eine kleine Aufklärungsschrift*) zusammengestellt, in der die zur Zeit wichtigsten Grundfragen der Wirtschaftspolitik eingehender dargelegt werden, als es gewöhnlich innerhalb des beschränkten Raumes von Zeitungsartikeln möglich ist. Die Annahme des Young-Planes hat dafür den äußeren Anlaß. Denn dieser „Neue Plan“ leitet für Deutschland einen neuen Wirtschaftsaufschwung ein; er legt daher einen Rückblick auf die Vergangenheit und einen Ausblick in die Zukunft nahe, und dies um so mehr, als gerade in diesen Zeitpunkt eine scharfe Streckung der wirtschaftlichen Tätigkeit fällt.

Somit verbindet die Schrift durchgehend eine Untersuchung der Entwicklung des letzten Jahres mit einer ungeschminkten Darstellung der augenblicklichen Konjunkturlage. An Hand wichtiger Rohstoffmaterialien über den Arbeitsmarkt, über Produktion und Umsatz, Außenhandel, Entwicklung der Löhne und Preise, Kreditwürdigkeit und Rentabilität der Unternehmungen werden die bemerkenswerten Fortschritte der deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahren sichtbar gemacht und gleichzeitig die schweren Störungserscheinungen dargelegt, die aus der fortschreitenden Depression des letzten Jahres folgten und vor allen Dingen zu einer Krise am Arbeitsmarkt führten.

Da jene Störung entscheidend von den Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung beeinflusst worden ist, wird diese Seite des Problems, die in enger Verbindung steht mit den deutschen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande, in dem Buchlein einer besonders eingehenden Untersuchung unterzogen. Aus der Erkenntnis, daß Kapitalbildung innerhalb jeder Wirtschaft notwendig ist, ergibt sich ohne weiteres, daß die Gewerkschaften die Bildung neuer Kapitals unter allen Umständen fördern müssen. Nun ist die Kapitalmenge, die die deutsche Wirtschaft aus eigener Kraft schaffen konnte, im Laufe der letzten Jahre ganz erheblich und in überraschendem Umfange gewachsen. Trotzdem reichte sie für den Bedarf nicht aus. Die Ursachen hierfür sind: die Reparations- und Zinsverpflichtungen ans Ausland; der wachsende Umfang der Erzeugnisse; die gewaltige Höhe, die Krieg und Inflation in die Veranlagung der Bevölkerung mit Wohnungen, Straßen, Verkehrsmitteln und gerettet haben; schließlich die notwendig gewordenen Produktionsumstellung und die Rationalisierung. Hierzu tritt — was von den Unternehmern gern übersehen wird — die beträchtliche Nebl-leitung und damit der Verlust von Kapital. Der Zustrom von Auslandskrediten, der in den ersten Jahren nach der Währungsstabilisierung recht beträchtlich war, hielt leider nicht in wünschenswertem Maße an, teils, weil der ausländische Kapital-

Markt in ungünstigerer Verfassung war als in den Vorjahren, teils wegen gefühlsmäßiger Ursachen (Reparationsüberhandlungen, Erschütterung des Vertrauens in die deutsche Währung), teils durch die Abrosselungspolitik des damaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegenüber der öffentlichen Hand. Die Schrift erläutert die Bedeutung der Auslandsanleihen für die deutsche Wirtschaft und kommt zum Schluß: „Durch die Kapitaleinfuhr wird im Allgemeinen die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gesteigert. Im übrigen aber steht heute Deutschland nicht vor der Wahl: verstärkte Kapitalbildung oder Kapitaleinfuhr. Wirtschaftspolitisch vernünftiger ist heute einzig und allein die Lösung: verstärkte Kapitalbildung durch ver-stärkte Kapitaleinfuhr.“

Die Zurückhaltung der ausländischen Geldgeber hatte ihren Grund auch in der schwierigen Lage der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden, wie ja überhaupt die augenblickliche Wirtschaftslage teilweise auf die Finanzklemme der öffentlichen Körperschaften zurückzuführen ist. Deshalb steht die Frage der Finanzsanierung im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Erörterungen. Demzufolge widmet die Schrift dem Finanzwesen und der Finanzpolitik ein besonderes Kapitel. Mit einer Klarheit und Kürze, wie man sie auf diesem unübersichtlichen Gebiete selten trifft, wird der Aufbau des deutschen Finanzsystems nach seiner Einnahmen- und Ausgabenseite umrissen, die Verschuldung dargestellt, die durch die Politik des Reichsbankpräsidenten in Verbindung mit der Verdrückung der Wirtschaftslage zu der augenblicklichen Finanznot führte und die Wandlung in der sozialen Bedeutung der öffentlichen Haushalte seit dem Kriege hervorgehoben. Die Gestaltung des staatlichen Finanzbedarfs zeigt, wie anders der Staat im republikanischen Deutschland in Vergleich mit dem Staat der Kaiserzeit geworden ist, und wie lebenswichtig es für die werktätige Bevölkerung ist, daß dieser Staat geordnet und gegen alle Stürme gesicherte Finanzen hat. Jede Erschütterung der Finanzlage bedeutet daher vor allem eine ernsthafte Bedrohung der sozialen Ausgaben.

Ueber diese Bedrohung der sozialen Ausgaben berichtet ein weiteres Kapitel, das sich nicht nur mit der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge beschäftigt und die Gefahren des von bürgerlicher Seite empfohlenen „Solidarischen Ausgleichs“ zwischen den Trägern der Sozialversicherung aufzeigt, sondern darüber hinaus eingehend die finanziellen Unterlagen der Sozialversicherung und Angelegenheiten der Unfall- und Krankenversicherung untersucht. Es wird die amtliche Feststellung anerkannt, daß die jetzigen Rücklagen der Sozialversicherung, gemessen an der Höhe der Leistungen, die zur notwendigen Sicherheit erforderliche Höhe durchaus nicht überbritten haben. Es wird ferner an Hand der Erhebungen des Baugewerksbundes, des Zimmerer- und Dachdeckerverbandes nachgewiesen, daß die jetzigen weitgehenden Beschränkungen der Rentenunterstützung nicht aufrecht erhalten werden können.

Im Schlußkapitel werden aus diesen Darlegungen die Forderungen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik im gegenwärtigen Augenblick gezogen.

Die Gewerkschaften halten die Forderung einer planmäßigen Konjunkturpolitik nach wie vor aufrecht. Sie leben in einer produktiven Arbeitsbeschaffung eine wichtige Voraussetzung für die Linderung der Lebensbedingungen in der kapitalistischen Wirtschaft. Aber diese Betonung der konjunkturpolitischen Forderungen kann nicht daran hindern, klar zu erkennen, daß im Augenblick die Voraussetzungen für ihre Erfüllung besonders ungünstig sind. Man darf sich keiner Illusion darüber hingeben, daß gegenwärtig Reich, Länder und Gemeinden infolge ihrer Kassenverhältnisse nicht in der Lage sind, ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm zu finanzieren. Des-

*) Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen; die Entwicklung in Deutschland von 1925 bis 1930, 68 Seiten. Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin S 14.

Wohl ist es die dringlichste Aufgabe, die Finanznot der öffentlichen Körperschaften durch eine Sparpolitik in den künftigen Grenzen sowie durch ungehinderte Zulassung zu den ausländischen Kapitalmärkten alsbald zu beheben. Damit wird gleichzeitig der Ansturm der Privatwirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft — der leider schon einige Opfer geordert hat — erfolgreich abgewehrt. Stärkung des inneren Marktes durch Senkung der Massentaufkraft, Bekämpfung des Wachsstumsmonopols industrieller Unternehmerorganisationen, Förderung der landwirtschaftlichen Produktion unter Berücksichtigung der Verbraucherverhältnisse, Förderung der Ausfuhr durch Handelsverträge und schließlich eine Finanzreform unter möglicher Schonung des Massenbedarfs und mit sorgfältiger Kontrolle aller Ausgaben bei voller Befriedigung der sozialen Bedürfnisse sind weitere Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände.

Die Schrift ist — wie schon eingangs betont — weder eine Denkschrift noch eine Agitations Broschüre. Sie ist eine tiefgründige Aufklärungschrift für unsere Mitglieder, insbesondere für die Funktionäre unserer Bewegung, ähnlich wie die gleichfalls von den drei Spitzenorganisationen vor fünf Jahren herausgegebene Schrift zur Steuerreform. Sie wird nicht nur in der praktischen Werbe- und Aufklärungsarbeit nützliche Dienste tun, sondern auch für die zahlreichen Schulungskurse der Gewerkschaften und darüber hinaus der gesamten Arbeiterbewegung wertvolle Anregung vermitteln.

Heißt Feuer verhüten!

Die in der Arbeits- und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehrgemeinschaften zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Feuerwehrgemeinschaften Deutschlands haben die Veranstaltung einer Feuerchutz-Woche beschlossen, die erstmalig in der Zeit vom 27. April bis 4. Mai 1930 stattfinden soll. Durch Wort und Bild, durch Vortrag und Belehrung, durch Verbreitung der von der Arbeits- und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehrgemeinschaften herausgegebenen Schrift „Feuerverhütung, das Wichtigste für alle“, das in jedermanns Hände gelangen wird, soll der Gedanke der Feuerverhütung in alle Kreise unseres deutschen Volkes hineingetragen, der Nutzen und Wert vor Augen geführt und für alle Zeit eingekamert werden. Die Behörden des Reiches und der Länder, Kreise, Verbände, Vereine und Schulen haben weitgehendste Unterstützung dieser Veranstaltung zugesagt. Die 30 000 Feuerwehren des Deutschen Reiches, deren Tätigkeit nicht allein auf dem Gebiete des Feuerlöschens, sondern vorzugsweise auf dem der Feuerverhütung liegt, haben sich in den Dienst dieser großen Sache gestellt, deren nachhaltiger Erfolg nicht ausbleiben wird. Wichtiger jedoch einzelnen muß es sein, an seinem Platz zu dem Gelingen dieser Veranstaltung beizutragen.

Feuerchutz und Gewerkschaften.

Die Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrgemeinschaften veranstaltet vom 27. April bis 4. Mai d. J. eine Feuerchutzwoche. Nach den offiziellen Mitteilungen sind etwa 30 000 Feuerwehren die Träger dieser Veranstaltung. Die Gewerkschaft des Personals der Berufsfeuerwehren, der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrgemeinschaften, ist von der Mitarbeit in der Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrgemeinschaften ausgeschlossen, obwohl er seinen Beitritt bereits im Februar 1929 angemeldet hat. Der Bundesvorstand des DGB hat der Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrgemeinschaften mitgeteilt, daß er bei dieser Sachlage für die Veranstaltung keine Propaganda treiben könne.

Die Ablehnung der Mitarbeit des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrgemeinschaften ist auf die Einstellung der Führer freiwilliger Feuerwehren und industrieller Berufsfeuerwehren zurückzuführen. Die Arbeits- und Interessengemeinschaft hat dem Verband mitgeteilt:

„Nach den eingeholten Erklärungen, die in allen Fällen von den zuständigen Mitgliedsversammlungen beschlußmäßig gefaßt worden sind, kann eine Aufnahme des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrgemeinschaften in die Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrgemeinschaften leider nicht in Frage kommen.“

In den gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern freiwilliger Feuerwehren wird es liegen, festzustellen, ob sie auch weiterhin dabei bleiben können, daß die Gewerkschaft des Personals der Berufsfeuerwehren von der Mitarbeit in der Spitzenorganisation Deutscher Feuerwehrgemeinschaften ausgeschlossen ist. Von dem gewerkschaftlich organisierten Personal der Berufsfeuerwehren wird niemand erwarten, daß es freiwillig eine Veranstaltung unterstützt, an der die Gewerkschaft nicht beteiligt ist.

Seht den Arbeitgebern auf die Finger.

Die sozialdemokratische „Tribüne“ in Erfurt berichtet unter dem 7. Februar 1930: „Die TSG. (Turn- und Sportgemeinde Gispersleben, Mitglied im Deutschen Fußball-Bund. Die Geschäftsleitung hat in einem Fabrikbetrieb Erfurt-Nord ihre Hintermänner sitzen. Nach Beendigung der Hochkonjunktur in diesem Betriebe im Herbst vergangenen Jahres wurde jeder Arbeiter-„Arbeitsmangel“ entlassen. Selbst noch in den letzten Wochen sind alte Arbeiter aus dem Betrieb wegen „Arbeitsmangel“ entlassen worden, und ein Arbeiter wurde eingestellt, weil er bei der TSG. in der ersten Mannschaft spielt.“

Diese Fälle werden nicht die einzigen sein. In den Blättern der bürgerlichen Sportverbände ist es ein offenes Geheimnis, daß gute bürgerliche Sportler Stellenangebote erhalten unter der Voraussetzung, daß sie Mitglieder bestimmter Sportvereine werden. Zu der Umgehung der Arbeitsnachweise kommt hinzu, daß ältere Arbeiter und Arbeiterportier, die nicht gewillt sind, bürgerlichen Vereinen beizutreten, auf die Strafe sitzen. Wo solche Fälle festgestellt werden, bitten wir, die Verbandsleitungen zu unterrichten.

Ausbau der Streikversicherung.

Die Unternehmer bauen ihre Streikversicherung aus. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände macht darüber in ihrem Geschäftsbericht nähere Angaben. Die Streikversicherung wurde in einer Gesellschaft „Deutscher Streikklub“ konzentriert. Daneben bestehen noch Streikversicherungen sachlicher Verbände, die aber mit dem „Deutschen Streikklub“ verbunden sind. Die Jahresrechnung betrug 1929 neunmal 180 000 RM; 1926 wurden kaum 600 000 RM eingenommen. Hieran sieht man die verstärkte Rüstung des Unternehmertums. Weiter meldet der Geschäftsbericht: „Der Reservefonds des Deutschen Streikklubs“, der durch die Inflation vermindert wurde, ist trotz starker Inanspruchnahme im Jahre 1928 durch umfangreichen Streik, besonders in der Rheinindustrie, der Steinindustrie und einiger Teile der Holzindustrie auf fast 2 Mill. RM angewachsen, so daß die Gesellschaft im Jahre 1930 voraussichtlich über rund 4 Mill. RM verfügen wird.“ Die Unternehmer schützen sich: Arbeiter und Angestellte tut ihr bestes!

Umsätze der Konsumvereine.

Die im Zentralverband Deutscher Konsumvereine vereinigte Genossenschaften hatten im vierten Vierteljahr 1929 eine aünftige Entwicklung der Umsätze. Für das ganze Jahr betrug der Umsatz 1212 Mill. RM gegen 1093 Mill. RM 1928 und 953 Mill. RM 1927. Seit 1925 ist fast eine Verdoppelung der Umsätze zu verzeichnen. Die Spareinlagen wuchsen von 296 auf 372 Mill. RM. Eine recht gute Vermehrung zeigen die Geschäftsbüchlein der Mitglieder. Der Umsatz der Konsumgenossenschaften bei der GSG. erreichte im vierten Vierteljahr die noch nicht erklommene Höhe von 146 Mill. RM. Im vierten Vierteljahr 1925 betrug dieser Umsatz 70 Mill. RM. Die Berücksichtigung der GSG. durch ihre Gesellschafter hat in den letzten fünf Jahren ständig zugenommen. Die Konsumgenossenschaften haben das schwierige Jahr 1929 glänzend überwunden. Mit ihrem Umsatz von 12 Milliarden sind sie eine Wirtschaftsmacht, deren es nur wenige gibt. Es gilt so weiter zu arbeiten!

Entwicklung des Landarbeiterverbandes.

Wie „Der Landarbeiter“ meldet, nimmt der Deutsche Landarbeiterverband eine erfreuliche Entwicklung. Im Augenblick zählt er rund 170 000 Mitglieder. Das ist eine Zahl, wie sie zu keinem anderen Zeitpunkt seit der Inflation zu verzeichnen war. Nach dem Umsatz strömten die Landarbeiter zu Hunderttausenden in die Organisation. Erst jetzt war die Möglichkeit geschaffen, diese schwer organisierbare Gruppe gewerkschaftlich zu erfassen. Nach der Währungsstabilisierung ging auch die Mitgliedszahl im Landarbeiterverband wesentlich zurück. Aber was die Mitgliedschaft des Verbandes kleiner geworden ist, das hat sie an Gewicht gewonnen. Wohl selten hat eine Organisation mit solchen Schwierigkeiten zu rechnen wie der Landarbeiterverband. Daß er trotz alledem eine Kerntruppe von 170 000 Mitgliedern zu neben vermag, beweist, daß die Anstrengungen der Organisation nicht umsonst gewesen sind. Nun weiter auf dieser Seite!

Bauwirtschaft und Arbeitsmarkt im Jahre 1930.

Die Wohnungs-Wirtschaft, Nr. 5, 1930, bringt eine umfassende Darstellung der augenblicklichen Wirtschaftslage unter besonderer Berücksichtigung des Baugewerbes. Wir geben daraus folgendes wieder:

Die Zahl der verfügbaren Bauarbeiter beträgt bereits über 1 000 000. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt den Gesamtumfang des in der Bauwirtschaft in den beiden letzten Jahren investierten Kapitals auf jährlich mindestens 8,8 Milliarden Reichsmark, was ungefähr einem Viertel der industriellen Wertschöpfung und einem Achtel des deutschen Volkseinkommens entspricht. Im Jahre 1928 wurden rund 380 000 Wohnungen fertiggestellt. Für das Jahr 1929 liegen abschließende Zahlen noch nicht vor, aber man darf sicher annehmen, daß es mindestens 320 000 Wohnungen sind. Für die endgültige Finanzierung des Baujahres 1929 fehlen mindestens 500 bis 600 Millionen Reichsmark. In der gleichen Höhe sind 5 bis 6 Prozent der Mittel in den Vorjahrsbauten festgefroren und fehlen für die Inangriffnahme neuer Bauvorhaben im Jahre 1930. Der Ausfall von 500 bis 600 Millionen Reichsmark verteilt sich ungefähr gleichmäßig auf die privaten und öffentlichen Geldquellen.

Die Verhältnisse auf dem privaten Kapitalmarkt haben sich ungefähr seit 14 Jahren ständig verschlechtert, und es ist noch nicht abzusehen, wann eine grundlegende Veränderung in dieser Entwicklung eintreten wird. Auffallend ist der starke Rückgang bei der Zunahme des Pfandbriefsumlaufs im Jahre 1929. Im Jahre 1927 betrug die Zunahme des Umlaufs an Pfandbriefen und Kommunalobligationen 2084 Millionen Reichsmark, im Jahre 1928 1927 Millionen Reichsmark, im Jahre 1929 dagegen ungefähr 715 Millionen Reichsmark. Besonders stark ist der Abfall innerhalb des Jahres 1929. Man wird in diesem Jahre von seiten der privaten Hypothekendarlehen und der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute wie im Vorjahre mit höchstens 400 bis 450 Millionen Reichsmark an ersten Hypotheken für das Jahr 1930 rechnen dürfen. Die Sparfassen weisen ebenfalls einen Rückgang ihres Einlagenzuwuchses auf. Der rezepte Einzahlungsüberschuss betrug im Jahre 1929 1570 Millionen Reichsmark gegenüber 1995 Millionen Reichsmark im Jahre 1928. Was die öffentlichen Geldgeber anbelangt, so geben die Mittel aus der Staatskassenschatz, wenn auch langsam, aber ständig zurück. So sind im Jahre 1930 einschließlich der Rücklagen ungefähr 850 Millionen Reichsmark an Hauszinsstempelmitteln für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Leider

wird aber hier ebenfalls durch die kommunale Umschuldung eine wesentliche Kürzung eintreten, da viele Gemeinden auch Jahre hinaus Vorgriffe auf den Wohnungsbauteil der Hauszinssteuer gemacht haben. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß der Gesetzentwurf Lipinski, der vom Reichstag mit überwiegender Mehrheit angenommen wurde und gegen den der Reichstag Einspruch einlegte, nunmehr beschleunigt vom Reichstag verabschiedet wird. Die Hauszinssteuer ist mehr denn je das Rückgrat der Wohnungsbaufinanzierung und des gesamten Wohnungsbaues überhaupt.

Ein namhafter Geldgeber für den Wohnungsbau waren in den letzten Jahren die Sozialversicherungssträger. Selber gehen die Lebensrisse bei den Sozialversicherungsträgern immer mehr zurück, und schon im Jahre 1930 muß damit gerechnet werden, daß diese Lebensrisse ohne sich anderweitige Finanzsicherung durch die öffentliche Hand an sich schon 80 bis 100 Millionen Reichsmark weniger betragen werden als im Jahre 1929. Eine dritte große öffentliche Geldquelle waren bisher die Länder und Kommunen, die außer den Hauszinssteuermitteln besondere Wohnungsbauinstrumente aus Anleihen oder aus dem Haushalt zur Verfügung stellten. Hier wird das Jahr 1930 einen völligen Ausfall bringen, da die Länder und Kommunen vollumfänglich damit beschäftigt sind, ihre kurzfristigen Schulden zu konsolidieren. — Rechnet man die einzelnen Positionen für den Wohnungsbau des Jahres 1930 zusammen, so wird man einschließlich des Eigenkapitals höchstens mit einer Summe von ungefähr 2,2 Milliarden Reichsmark rechnen dürfen, gegenüber 3,2 Milliarden Reichsmark im Jahre 1928 und 2,7 Milliarden Reichsmark 1929. Von diesen 2,2 Milliarden Reichsmark müssen aber 500 bis 600 Millionen Reichsmark für die Restfinanzierung des Jahres 1929 verwendet werden.

Was bedeutet eine Verzögerung des Wohnungsbaues um eine Milliarde Mark? Nimmt man für alle am Wohnungsbaue beschäftigten einen Stundenlohn von 1,25 RM, also für den vollen Arbeitstag rund 10 RM an, so würde ein Ausfall von einer Milliarde Reichsmark bedeuten, daß 100 Millionen Arbeitstage verloren gehen. 400 000 Bauarbeiter müßten während einer vollen Bauzeit 40 Wochen arbeitslos bleiben. Aus all diesen Gründen bilden nachstehende Forderungen das Kernstück der öffentlichen Wirtschaft in der Zukunft: keine Beschränkung in den öffentlichen Haushaltungen, die auf Kosten der Bauwirtschaft — vor allem des Wohnungsbaues — gehen.

Die unbillige Härte.

Wohl die meisten Einsprüche bei Entlassungen werden mit dem Absatz 4 des § 84 BGG. begründet, der bekanntlich den Einspruch zuläßt, wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers, sondern durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt. Man ist in dieser Hinsicht mit den wichtigsten Bestimmungen unseres Betriebsrätegesetzes mit „unbillige Härte“ gleichfalls einer der vielen Kaufbegriffe niedergelegt, deren richtige Auslegung mancherlei Kopierbrecher macht. Der Arbeitsgerichtsverband für Rheinland und Westfalen ließ sich kürzlich auf seiner Landesversammlung von Landesarbeitsrichter Herzogel (Düsseldorf) über „unbillige Härte“ einen Vortrag halten, über den die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ einen kurzen, aber sehr bemerkenswerten Bericht schrieb. Danach soll der Richter etwa folgendes gesagt haben:

der also von Fall zu Fall das Vorliegen einer unbilligen Härte eingehend nachprüfen muß. Es hat demnach eine sehr gründliche Klärung des wahren Sachverhaltes zu erfolgen, wobei dem Betriebsrat, da er dem Einspruch stattgegeben hat, die sorgfältigste Beweislast obliegt. Er hat u. a. zu beweisen: „daß die Entlassung für den betreffenden Arbeiter die schwersten wirtschaftlichen Folgen hat, indem er die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes nicht überwinden kann, oder gegebenenfalls auf das hohe Alter des Entlassenen hinweist u.“ Schwieriger wird ihm dann meist die Erwidmung des Arbeitsvereinwandes, der die Entlassung mit den „betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten“ zu begründen versucht. Mitunter wird bei älteren Kollegen auch die Entlassung wegen „Minderleistung“ begründet. Auch hier bedarf es einer überzeugenden Führung des Gegenbeweises.

Die Rechtsbegriffe Eren und Glauben, unbillige Härte und so weiter sind im allgemeinen in unechten Rechtsnormen enthalten, die die Entscheidung den irrationalen Seelensträften und der praktischen Vernunft des Richters anheimstellen. Sinn des Betriebsrätegesetzes sei es, die Arbeitnehmer zu wirtschaftlich denkenden Staatsbürgern zu erziehen. Im Kündigungsentscheidungsverfahren des Betriebsrätegesetzes habe der Begriff „unbillige Härte“ jedoch eine sehr wichtige Bedeutung. Unbillig sei jede Kündigung eines Arbeitnehmers, die weder durch dessen Verhalten noch durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt sei. Redner verlangte vernünftige Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppen bei notwendig werdenden Entlassungen. Es gehe nicht an, daß der Arbeitgeber den Betriebsrat, der positive Vorschläge hinsichtlich der Abmilderung mache, gegen die Belegschaft ausspiele. Im Falle der unbilligen Kündigung sei der Arbeitgeber zu verurteilen, den Arbeitnehmer wieder einzustellen oder ihm eine Abfindungssumme zu zahlen. Die Abfindungssumme sei keine Pohlfortentrichtung auf Kosten des Arbeitgebers, sondern eine Lastkaufnahme, durch deren Zahlung sich der Arbeitgeber von einem ihm nicht genehmen Arbeitnehmer befreien könne. Sinn dieser Vorschriften sei es, den Mißbrauch der formalen Kündigungsbestimmungen zu verhindern und so zu verhindern, daß ein Arbeitnehmer aus willkürlichen Motiven aus der Betriebsgemeinschaft ausgeschlossen werde.“

Der Absatz 4, § 84 ist vor allem ein Entlassungsgrund für ältere, insbesondere länger im Betriebe beschäftigten Kollegen. Er schützt deshalb lediglich, freilich nur bis zum gewissen Grade, vor Dauerarbeitslosigkeit. Davon allein ist schon keine außerordentliche Wichtigkeit zu erblicken. In der „Vossischen Zeitung“ vom 13. Februar d. J. läßt ein Arbeitgeber Kritik am Betriebsrätegesetz, indem er Stein und Bein sagt, daß er mit Hilfe des § 84, Absatz 4 gezwungen werde, die älteren Arbeiter in seinem Betriebe zu beschäftigen. Gleichzeitig behauptet er aber, daß dieser „Teufelsparagraf“ zugleich den Arbeitgeber davon abhalte, Neueinstellungen älterer Arbeitskräfte vorzunehmen.

In der Tat schützt § 84 BGG. nicht etwa völlig vor Entlassungen auch der älteren Kollegen. Einmal besteht nirgends ein gesetzlicher Zwang für den Arbeitgeber, Arbeiter zu behalten, die er nicht mehr beschäftigen will. Die vorgenannte Lastkaufsumme, d. h. die Entschädigung, beträgt höchstens ein halbes Jahresentkommen, so der ein Arbeiter verurteilt werden kann, wenn die unbillige Härte für den Arbeitnehmer dann meist dauernde Erwerbslosigkeit bedeutet. So kann also ein Arbeiter, der 20 bis 30 Jahre in einem Betriebe beschäftigt war, dort alt und grau wurde, nach dem Ablauf der Dauer des Unterhaltungsbezuges aus der Arbeitslosenversicherung einfach betteln gehen, falls er noch nicht die Altersgrenze für den Erwerb der Invalidenrente erreicht hat. Ferner liegen bereits Fälle vor, nach denen das Arbeitsamt arbeitsvermittlungsfähig wegen zu hohen Alters für arbeitsunfähig erklärt und damit viele Vermögen der Armen sogar um ihre vollwertbaren Rechte auf Arbeitsvermittlung zu bringen versucht. Hier haben unser Betriebsräte bei Durchführung des § 84, Absatz 4 eine wertvolle soziale Aufgabe, deren Erfüllung recht viel wert ist.

Georg K a i b l e.

Selber lassen die werst recht interessante grundsätzliche Erwägungen über den Sinn des Absatz 4, § 84 BGG. noch keine deutliche Begriffe der „unbilligen Härte“ zu. Die Auslegung bleibt in der Tat dem Entschcid des Richters überlassen.

Für eine energische Förderung des Wohnungsbaues.

Der Reichsverband der Wohnungsnutzungs-Gesellschaften, die Spitzenorganisation der Genossenschaften, die die Hauszinsentwertung zu verheben hat, hielt am 6. März in Berlin eine große Versammlung für den Wohnungsbaue ab. Die in Frage kommenden Behörden waren zahlreich vertreten, darunter der Arbeitsminister Bißhoff und die Staatssekretäre Geib und Scheidt. Unter den Referenten befand sich auch der Kollege Peter Grassmann vom DGB. Er behandelte das Thema „Die soziale Bedeutung des Wohnungsbaues“. Des weiteren trug Professor Baumbach, Marburg, der Reichsarbeitsminister Bißhoff, Staatssekretär Scheidt, der Vorsitzende des Reichsverbandes Kadobytza. Der Kleinwohnungsbaue stand im Mittelpunkt der Erwörterungen. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot lassen schwer auf den Armen unserer Nation drücken. Jede Einschränkung der Beschäftigung des Arbeitsvolkes ist im Baugewerbe und seinen Dienstleistungen; jede Verzögerung des Wohnungsbaues vergrößert das Wohnungsnot und Wohnungsleiden. Arbeitserhaltung und Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbaues ist daher von größter Wichtigkeit. Dazu ist erforderlich die Bereitstellung eines ausreichenden öffentlichen Mittel für den Wohnungsbaue. Auf Grund der bevorstehenden Finanzreform müssen öffentliche Mittel insbesondere die Hauszinsentwertung in einem Umfang und für eine Dauer hergestellt werden, welche die Arbeitserhaltung

der Wohnungsnutzungs-Gesellschaften. Jede für die Erhaltung des Kleinwohnungsbaues nicht unbedeutende Erhöhung der Steuern muß in den Dienst der Arbeitserhaltung gestellt werden. Anzunehmen ist unter den derzeitigen Verhältnissen jede Zurückziehung öffentlicher Mittel, insbesondere der Reichszinsentwertungsbeiträge, aus dem Wohnungsbaue. Der Kapitalmarkt für den Wohnungsbaue muß sorgfältig gepflegt und vor Erwerbsverengungen geschützt werden. Der Vermögenszuwachs der sozialen Versicherungsträger, der öffentlichen und privaten Versicherungsinstitutionen ist im weitesten Umfang dem Wohnungsbaue zuzuführen. Das Kleinwohnungsbaue ist so einzuweisen, daß mit den verfügbaren Mitteln der höchste soziale und wirtschaftliche Nutzen erreicht wird. Dazu ist erforderlich: die einheitliche planmäßige Verwendung der für Stadt- und Land verfügbaren öffentlichen Mittel unter Berücksichtigung der Wohnungsnot und des Wohnungseleides, und mit dem Ziele der Ausnutzung vorhandener und der Schaffung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten, der Bekämpfung der Landflucht und der Verstärkung der ländlichen Bevölkerung. Bereitstellung öffentlicher Mittel nur zur Schaffung von gesunden und ansehnlichen Wohnungen, deren Mieter für die breite Masse der Bevölkerung tragbar sind. Besondere Maßnahmen für Arbeiterkreise! Zur Durchführung einer zukünftigen planmäßigen Wohnungsbaupolitik und die Rücknahme (Zinsen und Tilgungsbeträge) aus den Hauszinsentwertungshypotheken dauernd für den Kleinwohnungsbaue herangezogen.



Christbaumschmuckmacher sind umsatzsteuerfrei.

In der Spielwaren- und Glas-Hausindustrie werden eine Reihe Hausarbeitergruppen mit Umsatzsteuer veranlagt. Gegen diese unbillige Veranlagung haben wir im März des vergangenen Jahres in der Christbaumschmuckindustrie in 3 Fällen Einspruch beim Finanzamt Sonneberg erhoben.

Bei der Rechtsmitteldurchführung haben wir drei verschiedene gelagerte Fälle gewählt: 1. Hausarbeiter, der nur mit eigenen Familienangehörigen arbeitet, die Rohstoffe selbst beschaffen muß; 2. Hausgewerbetreibender, der Mitarbeiter beschäftigt, die Rohstoffe selbst beschaffen muß; 3. Hausgewerbetreibender, der Mitarbeiter beschäftigt, die Rohstoffe z. T. dazu bekommt.

Unsere Einsprüche wurden vom Finanzamt am 23. Mai 1929 als unbegründet zurückgewiesen. Die Christbaumschmuckmacher seien nicht Arbeitnehmer, sondern selbständige Unternehmer, so begründete das Finanzamt die Entscheidungen. Gegen diese Entscheidungen haben wir beim Finanzgericht in Rudolstadt Berufung eingelegt. Die Berufungsstelle hat nunmehr in allen 3 Fällen entschieden:

Im Namen des Reichs.

In der Umsatzsteuerfrage 1928 des Christbaumschmuckherstellers in Lamsbach, vertreten durch den Zentralbranchenleiter für die Hausindustrie beim Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hermann Eisen in Hannover, Nr. 7, hat auf seine Berufung gegen die Einkommensteuerbescheidungen des Finanzamts Sonneberg vom 23. Mai 1929 die III. Kammer des Finanzgerichts beim Landesfinanzamt Thüringen auf die Sitzung vom 27. Februar 1930, an der teilgenommen haben:

1. Geh. Finanzrat Dr. Mittermüller, als Vorsitzender,
 2. Regierungsrat Heinemann, als ständiges Mitglied,
 3. Maschinenmstr. Altfeld, Rudolstadt, als ehrenamtliches Mitglied,
 4. Bürgermeister Görbert, Hbstädt, als ehrenamtl. Mitglied,
 5. Geschäftsführer Luda, Schwaba, als ehrenamtl. Mitglied,
- für Recht erkannt:

„Die Einspruchsentscheidung und der Steuerbescheid werden aufgehoben. Der Kläger wird von der Umsatzsteuer freigestellt. Die Kosten der Rechtsmittel trägt das Reich. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 55,85 RM festgesetzt.“

Bei der Einspruchs- und Berufungsbegründung haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß der Christbaumschmuckmacher, soweit er allein oder nur mit eigenen Familienangehörigen arbeitet, dem Hausarbeitsgesetz unterliegt und deshalb überhaupt nicht zur Umsatzsteuer zu veranlagung sei. Wenn der Christbaumschmuckmacher Mitarbeiter beschäftigt, sei er als Hausgewerbetreibender zu betrachten und auf Grund des § 1 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz von dieser Steuer freizustellen, soweit er nicht mehr als drei fremde Hilfskräfte dauernd oder 6 Saisonarbeiter beschäftigt.

In seiner Begründung zu den Urteilen führt das Finanzgericht u. a. aus:

Nach § 1 des Umsatzsteuergesetzes unterliegen der Umsatzsteuer Lieferungen und sonstige Leistungen, die jemand innerhalb der von ihm selbständig ausgeübten gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit im Inlande gegen Entgelt ausführt. Die Voraussetzungen der Umsatzsteuerpflicht liegen also sowohl auf subjektivem als auch auf objektivem Gebiete. Gewerbliche Tätigkeit im Sinne des Umsatzsteuergesetzes ist ein von anderen Rechtsgebieten völlig losgelöstes Verzeichnis. Er ist weder dem Handelsgesetzbuch noch der Gewerbeordnung entnommen, sondern reicht viel weiter. Es handelt sich dabei um jede Art Tätigkeit. Sie muß nur auf eigene Rechnung und unter eigener Verantwortung geleistet werden. Sie muß ferner nachhaltig und entgeltlich erfolgen. Die Absicht der Gewinnerzielung braucht dagegen nicht vorzuliegen. Auch auf die Art der Tätigkeit kommt es nicht an und ebenso wenig auf die Rechtsform des Unternehmens. Selbständig ist eine gewerbliche Tätigkeit im Sinne des Umsatzsteuergesetzes, wenn sie auf eigene Rechnung und unter eigener Verantwortung geleistet wird. Die Selbständigkeit setzt also ein Tätigwerden nach außen hin im eigenen Namen voraus. Steuerpflichtig sind mithin nur Unternehmer, und zwar im weitesten Sinne des Wortes.“

Den vorstehend wiedergegebenen allgemeinen Ausführungen folgt eine Schilderung der Tätigkeit der Christbaumschmuckmacher

in der Form indem das Finanzgericht unsere Auffassung beim Standpunkt des Finanzamtes gegenüberstellt. Das Finanzamt sagt:

„Der Christbaumschmuckhersteller erhält seine Aufträge auf Lieferung von Christbaumschmuck von Verlegern, die frei darüber bestimmen, welchen Hersteller sie beauftragen wollen. Er fertigt die Aufträge in seiner Wohnung an. Wenn er nicht in andere Städte oder Teile derselben an andere Christbaumschmuckhersteller zur Erlösbauung weiter, oder er beschäftigt sogenannte Aufhänger, die rote Glasgugeln anfertigen. Das zur Herstellung der Waren erforderliche Material beschafft sich der Hersteller selbst. Die Arbeitsgeräte sind sein Eigentum. Wenn er Aufträge an andere weitergibt, so geschieht das auf seine Rechnung. Bei der Lieferung an den Verleger stellt er eine Rechnung aus. Seine Vergütung resultiert nach einem Tarife, der zwischen den Vertretern der Verleger und der Christbaumschmuckmacher vereinbart ist. Es kommt auch vor, daß von dem Tarife abgewichen wird. Die Annahme mangelhafter Ware kann vom Verleger verweigert werden. Irrendene Verpflichtung, nur an einen oder mehrere bestimmte Verleger zu liefern, besteht nicht. Der Christbaumschmuckhersteller kann seine Arbeitszeit einteilen, wie er will. Es wird angegeben, daß Christbaumschmuckhersteller in vereinzelten Fällen auch mit Christkindern in Geschäftsverbindungen stehen.“

Wir brachten demgegenüber zum Ausdruck, daß trotz dieser Merkmale der Christbaumschmuckhersteller kein selbständiger Unternehmer, sondern Hausarbeiter im Sinne des Hausarbeitsgesetzes oder, soweit er Mitarbeiter beschäftigt, Hausgewerbetreibender sei; daß der Hersteller sowohl wirtschaftlich als auch persönlich sehr stark von den Verlegern abhängig sei, daß ihm das spekulative Moment des Unternehmers fehle. Aus der Materialbeschaffung könne er keinen Gewinn erzielen. Das Material beschaffe er nur, weil sich der Verleger nicht damit befassen wolle. Der Hersteller trete nach außen hin nicht wie ein einzelner Gewerbetreibender auf, sondern als Masse. Die vorgeschriebenen Lieferristen zwingen ihn zur Einhaltung einer Arbeitszeit. Er unterliege gewissermaßen der Kommandogewalt des Verlegers. Seine Unselbständigkeit folge auch aus seiner arbeitsrechtlichen und versicherungsrechtlichen Stellung und aus der Tatsache, daß er gemeinschaftlich dem Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands angegeschlossen sei. Soweit der Christbaumschmuckmacher fremde Arbeitskräfte beschäftigt, wird die Vergütung des § 1 der Umsatzsteuer-Durchführungsbestimmungen in Anspruch genommen.

Das Finanzgericht Rudolstadt hat bei seiner Entscheidung eine Teilung zwischen solchen Christbaumschmuckmachern, die entweder allein oder nur mit Familienangehörigen arbeiten und solchen, die Mitarbeiter beschäftigen, nicht vorgenommen. Es hat beide Gruppen als Hausgewerbetreibende bezeichnet, gleichgültig, ob die Rohstoffe selbst beschafft oder ob sie vom Unternehmer dazu gegeben werden, ob Mitarbeiter beschäftigt werden oder nicht. Das Finanzamt Sonneberg wollte bekanntlich für alle Christbaumschmuckmacher nur die Bezeichnung „selbständiger Gewerbetreibender“ gelten lassen. Wir wollten eine Teilung zwischen „Hausarbeitern“ und „Hausgewerbetreibenden“.

Das Urteil trägt zwar unserm Willen nicht vollkommen Rechnung, aber es befreit trotzdem einen hohen Prozentsatz Christbaumschmuckmacher von der Umsatzsteuer.

Das Urteil ist auch für andere Gruppen in der Glas-Hausindustrie und Spielwaren-Hausindustrie von Bedeutung. Die in diesen Industrien vorhandenen Hausarbeiter und Hausgewerbetreibenden können nunmehr von den Finanzämtern nicht mehr als „selbständige Unternehmer“ behandelt werden, sondern als „Hausgewerbetreibende“ im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Danach können solche Hausgewerbetreibende von der Umsatzsteuer befreit werden, wenn sie nicht mehr als 3 Mitarbeiter dauernd oder 6 Mitarbeiter saisonmäßig beschäftigen. Ueber unseren Hinweis, daß der Christbaumschmuckmacher, soweit er keine fremden Hilfskräfte beschäftigt, überhaupt nicht zur Umsatzsteuer zu veranlagung ist, weil in diesem Falle der Begriff „Hausarbeiter“ in Frage kommt und das Umsatzsteuergesetz diesen Begriff nicht kennt, hat das Finanzgericht nicht entschieden. Ueber diesen Punkt wird der Reichsfinanzhof noch zu entscheiden haben.

S. Eisen.

Rahmentarifverhandlung der mechanischen Tafelglasindustrie gescheitert.

Am 20. März fanden in Frankfurt a. M. die Verhandlungen über Neuverhandlung des Rahmentarifs der mechanischen Tafelglasindustrie statt. Eine Verständigung unter den Parteien konnte leider in den achtstündigen Beratungen nicht erzielt werden. Die Gegensätze traten scharf in Erscheinung bei Behandlung des § 1 „Geltungsbereich“ und § 3 „Arbeitszeit“. Die Tarifkommission der Arbeitnehmer mußte aufgrund der Unterstellung aller Arbeitnehmer der mechanischen Fensterglasindustrie unter den Vertrag verlangen, sowie die Einführung des Vierstufensystems für die kontinuierlich Arbeitenden. Diesen Hauptforderungen wurde seitens der Arbeitgeber der heftigste Widerstand entgegen gesetzt, da nach Ansicht der Arbeitgeber, wirtschaftlich jede Tarifveränderung, die neue Belastungen bringt, nicht zu ertragen wäre.

Für die Arbeitnehmer andererseits müssen arbeitsmarktpolitisch, wie zum Schutze der Gesundheit, Arbeitszeiten in der mechanischen Fensterglasindustrie eingeführt werden, die ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen.

Die Ausnahmestellung der mechanischen Tafelglasindustrie mit drei Schichten und durchgehender Sonntagsarbeit oder 6 1/2 stündiger Arbeitszeit pro Woche für den einzelnen ist, wie wir schon oft gesagt haben, einer neuen Industriezweig, die durch Mechanisierung und Rationalisierung 1000 Facharbeiterkräfte im Beruf von der Arbeit freigestellt hat, unwürdig und läßt jeden modernen Zug des Arbeiterfortschrittes vermissen.

Die Schlichtungsbehörden des Reichsarbeitsministeriums haben nun zu sprechen. Hoffentlich trägt man den Wünschen der Arbeitnehmer im weiteren Schlichtungsverfahren Rechnung; sonst sind härteste Auseinandersetzungen in nächster Zeit unter den Parteien zu erwarten.

Rheinische Glashütten A.-G. in Köln-Ehrenfeld.

Wie wir hören, hat sich die Lage bei den Unternehmen nach dem 1. Oktober v. J. erheblich verbessert. Die Belegschaft konnte inzwischen auf 200 Mann gebracht werden. Man rechnet mit einer weiteren Erhöhung der Belegschaft. Zur Zeit sind zwei Glashütten der Gesellschaft in vollem Betrieb. Die Ornamentglasabteilung liegt zwar noch still, soll aber ebenfalls nach gewissen Umstellungen in kurzer Zeit wieder in Betrieb genommen werden. Das Geschäft stellt zufrieden, so daß man hofft, den zum 30. Juni 1929 ausgewiesenen Verlust von 408 116 RM im laufenden Jahr ermäßigen zu können.

Rumäniens Glasindustrie.

In Rumänien bestehen zur Zeit 18 betriebsfähige Glashütten. Von den 7 mechanischen Fensterglasbetrieben arbeiten zwei nach dem Verfahren Fourcault und fünf nach Libbey-Owen. Andererseits soll Rumänien vierzehn Flaschenfabriken zählen.

Die Glashütten in Betrieb beschäftigen 400 bis 4500 Arbeiter, wovon 60 Proz. nicht Facharbeiter, sondern Tagelöhner, männliche und weibliche, sind. Die Anzahl der Glasmacher beträgt nur 1500 bis 2000.

Es sind acht Glasarbeitergewerkschaften vorhanden, wovon sechs der Union der Metallarbeiter und der chemischen Arbeiter in Cluj angeschlossen sind.

Arbeits- und Lohnverhältnisse der Glasarbeiter sind schlecht. In einigen Fabriken wird sogar heute noch 10 und selbst 12 Stunden und zu sehr niedrigen Löhnen gearbeitet. In den Betrieben, in denen unsere Kameraden organisiert sind, bestehen geregelte Arbeitsverhältnisse. In Blotici, Turda, Urig und Bragi existiert ein kollektiver Arbeitsvertrag, in welchem bezahlte Ferien von jährlich 4 bis 14 Tagen vorgesehen sind. Die Löhne betragen im Durchschnitt 60 Lei pro Tag.

Der Entwicklung der Arbeitnehmerorganisationen treten große Schwierigkeiten in den Weg, da die Arbeiter zum großen Teil Ausländer sind, die ärgern, der Gewerkschaft beizutreten, aus Furcht vor Einhaltungsmaßnahmen der Unternehmer.

Die Anschrift der die Glasarbeiter umfassenden Organisation ist folgende: M. B. Muntean, 59, Calea Victoria in Cluj.

Verkaufsvereinigung Mitteldeutscher Glashütten.

In das Dresdener Handelsregister ist die Verkaufsvereinigung Mitteldeutscher Glashütten G. m. b. H. eingetragen worden. Die den Verkauf von Glas, namentlich Preßglas, erzeugenden der Glashütten August Walther A.-G., Sächsische Glasfabrik Akt.-Gesellschaft Nordberg und Akt.-Ges. für Glasfabrikation vorm. Gebr. Hoffmann-Bernsdorf, betreibt. Das Stammkapital beträgt 20 000 RM. Der Vertrag gilt bis Ende März 1931. Die Vereinigung umfaßt nur einen Bruchteil des deutschen Preßglasabzuges, der bis zum Frühjahr 1929 im Preßglasverband kartelliert war. Es war ursprünglich in Aussicht genommen, die Verkaufsvereinigung auf breiterer Basis aufzurichten. Doch war das nicht möglich, da sich maßgebende Hütten u. a. die für Sachsen besonders wichtige Glasfabrik Akt.-Ges. Brockwitz, nicht angeschlossen haben. Für den Handelsvertrag mit Deutschland erstreben die tschechoslowakischen Hütten eine Herabsetzung des deutschen Preßglaspreises, der zur Zeit 16 RM je Doppelzentner beträgt. Wegen dieser Maßnahme leisten die deutschen Preßglasfabriken jedoch Widerstand. Im Gegensatz zu den Verhältnissen in der Tschechoslowakei, wofolbst alle maßgebenden Glashütten in der Preß- und Dohlglassindustrie sich zusammengeschlossen haben, ist es in Deutschland leider immer noch nicht möglich, nach dieser Richtung hin in der Preß- und Dohlglassindustrie eine Sanierung herbeizuführen.

Ein Kaffeehaus aus Glas.

Nach einem Bericht der Bauzeitschrift „Die Form“ hat der Architekt O. E. Schweizer für den Gartenhof des neuen Nürnberger Stadions ein Kaffeehaus erbaut, dessen Front aus Glaswänden besteht. Schon der Grundriß des Hauses ist sehr eigenartig und reizvoll. Zwei runde Gucklöcher, die ganz aus Glas hergestellt sind, bieten einen prächtigen Ausblick nach allen Seiten und sind mit einem Büfettisch verbunden, dessen Vorderseite ebenfalls aus Glaswänden besteht. Der Reiz der Schaufseite wird durch die gläserne Ungreifbarkeit und die Durchsichtigkeit des Baumwerkes bestimmt. Es ist dem Architekten durch die Art der Einführung des kleinen Baumwerkes gelungen, dem Tribünenvorhof eine räumliche Festigkeit zu geben und zugleich durch die Parteilichkeit und heitere Leichtigkeit dieses Glasbaues einen Gegenwert zu der strengen Rückfront der Stadion-Tribünen zu schaffen. Hoffentlich gelingt es, durch neue architektonische Maßnahmen dem Glas eine immer größere Bedeutung im Bauewesen zu verschaffen. Im Interesse der Glasindustrie und ihrer Arbeiter wäre eine erhöhte Nachfrage nach den Erzeugnissen der Glasindustrie durch eine veränderte Bauweise sehr zu wünschen.

Glasfacharbeiter in Gruppe 23.

Zur Ausführung des Gesetzes für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind die Arbeiter in Berufsgruppen zusammengefaßt. Darunter befindet sich auch eine Gruppe 23, die alle Personen enthält, die Lohnarbeit wechselnder Art verrichten, soweit sie nicht Fabrikarbeiter sind. Diese Gruppe 23 ist neben einigen anderen vom Bezuge von Krisenunterstützung ausgeschlossen. Bei den Gruppen, die nicht der Krisenunterstützung unterliegen, wird angenommen, daß deren Arbeitsmarkt noch nicht andauernd besonders ungenügend ist. Die Vorstehenden der Landesarbeitsämter sind berechtigt, den Kreis der Berechtigten für die Krisenunterstützung unter bestimmten Voraussetzungen zu erweitern.

In diese Gruppe 23 hat das Arbeitsamt Weiden nunmehr bereits zwei Arten von Glasfacharbeitern einrangiert, und in einem Falle hat der Spruchauschuss in Regensburg bereits dem Arbeitsamt recht gegeben.

Die Glasarbeiter sind der Krisenfürsorge ganz allgemein unterstellt; wenn die Konjunktur in ihrem Gewerbe lange Zeit schlecht bleibt, die Arbeiter sich nach anderer Arbeit umsehen, solche erhalten und ausüben haben, dann soll nach den oben angeführten Entscheidungen ihnen ihre Facharbeiterelgenschaft einfach entzogen werden, sie kommen in die Gruppe der Gelegenheitsarbeiter hinein.

Im schönen Fichtelgebirge liegt die Glasperlenindustrie, die seit Jahren stark rückläufig ist. Hergestellt werden nur ordinäre Perlen, die in afrikanische und asiatische Gebiete exportiert und von den farbigen Völkern als Schmuck und als Tauschmittel benutzt werden. Es ist ganz natürlich, daß es sich hier nicht um einen Industriezweig handelt, der größere Gewinne abwerfen konnte. Schon in der Vorkriegszeit gehörten diese Perlenmacher zu den schlechtestgestellten Glasarbeitern in Deutschland. Der Verdienst betrug bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit höchstens 15 bis 18 Mark für den einzelnen Arbeiter pro Woche. In der Nachkriegszeit verschlechterten sich dann die Verhältnisse stark. Immer kürzer wurden die Produktionszeiten, immer länger die Perioden der Arbeitslosigkeit. Die Arbeiterchaft verlor, andere Arbeit zu finden, aber im Fichtelgebirge gibt es keine Industrie, die die Perlenmacher aufnehmen konnte. Die Organisation unternahm es, die jüngeren Arbeiter zu verpflanzen. Der Plan konnte — von Ausnahmen abgesehen — nicht gelingen, weil die ganz einseitig ausgebildeten Perlenarbeiter in den übrigen Zweigen der Glasindustrie der dort üblichen Arbeitsweise völlig fremd gegenüberstanden.

Die Organisation versuchte dann die bayerische Regierung zu veranlassen, Mittel für den Bau einer Maschinenfabrik herzugeben, in der die Arbeiter angelehrt werden sollten. Auch dieser Versuch scheiterte, und so sind die Perlenmacher zum Hungern verurteilt. Und in dieser Zeit der höchsten Not wird ihnen auch noch die Krisenunterstützung entzogen.

Das gleiche Los, das den Perlenmachern bechieden sein soll, will man in Bayern jetzt auch den Fensterglasmachern beschreiben. In der Fensterglasindustrie ist im Laufe weniger Jahre eine starke Umstellung erfolgt. Die Handarbeit wurde in großem Ausmaß von der mechanischen Produktion verdrängt. Eine große Zahl der mit der Hand arbeitenden Hütten wurde stillgelegt. Dies trifft in hervorragendem Maße auch für Bayern zu. Die früher in der Oberpfalz arbeitenden Kollegen sind jetzt etwa zwei Jahren ohne Arbeit. Die augenblickliche Lage in dieser Industrie macht es den Arbeitern aber unmöglich, zur Zeit auf den übrigen Hütten in Deutschland Unterkunft zu finden.

Nach arbeiten 18 Glashütten der Fensterglasindustrie im Mundblasverfahren also mit Handarbeit. Bei Verringerung der konjunkturellen Verhältnisse wird zum mindesten ein Teil der Fensterglasmacher wieder in ihrem gelernten Beruf Arbeit finden. Trotzdem will man jetzt auch diesen hochqualifizierten Facharbeitern ebenfalls das Recht auf die Krisenunterstützung nehmen, weil sie versuchen, für einige Zeit andere Arbeit, sei es Montierarbeit oder Arbeit am Straßenbau usw., anzunehmen.

Gegen ein herartiges Vorgehen erhebt die Organisation scharfen Einspruch. Bei der großen Arbeitslosigkeit, bei der Belastung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist nicht zu verstehen, wie man Arbeiter mit Entziehung der Krisenunterstützung, die ihnen als Glasarbeiter zufließt, bestrafen will, wenn sie versuchen, andere Arbeiten für vorübergehende Zeit anzunehmen, und damit die Versicherung entlasten.

Die Entziehung der Krisenunterstützung bedeutet für die Glasarbeiter in der Oberpfalz und im Fichtelgebirge die Vernichtung ihrer Existenz, bedeutet völlige Verelendung, um so mehr, als die armen Gemeinden der genannten Bezirke nicht die Mittel haben, die Arbeiter auszureichen zu unterstützen.

In einem modernen Staatswesen darf nicht eintreten, daß die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft völliger Verelendung preisgegeben werden. Hier muß der Staat eingreifen. Er kann und darf nicht tadeln, daß Familien zu Hunderten schuldlos zugrunde gehen.

S. Gr.



Tarifverhandlungen für die feinkeramische Industrie.

Die diesjährigen Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Manteltarifvertrags für die feinkeramische Industrie waren vom 19. bis 21. März 1930 in Nürnberg. Die Verhandlungen händigten sich die beiden Tarifparteien schon vor dem Verhandlungsbeginn aus. Daraus war ersichtlich, daß die Arbeitnehmerseite Tarifklausenänderungen, in der Arbeitszeit die 45-Stundenwoche, angemessene Wochtpausen, eine Höchstdauer der ununterbrochenen Arbeitszeit des führenden Spätküppers, bezahlte der Arbeitszeit bei Betriebsstörungen, Verbesserung der Nebenzeit- und Sonntagstarifbestimmungen, Lohnverbesserungen, Herabsetzung der Altersgrenzen, günstigere Regelung der Akkordtarifbestimmungen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, bessere Festregelung, Erhöhung des Urlaubs, tarifliche Regelung der Beurlaubungsverhältnisse, Verbesserung des Nebenzeitabkommens u. a. mehr gefordert hatte.

Die Arbeitgeberseite war auch nicht müßig geblieben und legte wieder einmal recht rücksichtliche Vorschläge vor. Diese gingen dahin, daß die Wochtpausen wegfallen, daß nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt wird, Arbeitszeitverkürzungen ohne eigenes Verschulden wollten sie auch in verschiedenen Fällen eingeschränkt wissen, bei Betriebsstörungen bis zu zwei Stunden sollte es keine Vergütung mehr geben, auch die anderen Betriebsstörungsbestimmungen sollten verschleiert werden. Eine ganz unüberhörliche Forderung ging dahin, in der Steingut-, Geschirz- und Spülwarenindustrie die Fliesenpresser, Gießer und Gießerinnen der Spülwarenindustrie, Garnierer und Garniererinnen der Spülwarenindustrie nicht mehr als Facharbeiter anzuerkennen und gelten zu lassen. Im § 20 sollten die Mindestlöhne als Einstiegslohn (Lohnstufe A), Garantielöhne bei Akkordarbeit (Lohnstufe B) und die Grundlage für die Errechnung der Akkordlöhne (Lohnstufe A) nach Maßgabe des § 22 gelten. Die Akkordlöhne sollten allein von der Betriebsleitung nach verschiedenen Gruppen und Altersklassen festgelegt werden. Im § 29 wurde die Ausschüttung der Preisermittlung, im § 32 voller Abzug des Defizites verlangt. Der Urlaub sollte auf zwei Tage im Beginn und auf neun Tage in seiner Höchstdauer beschränkt werden. Auch sonstige Urlaubsverschlechterungen wurden gefordert. Bei Kurzarbeit des Betriebes sollte es eine Urlaubsentfaltung nur nach der Zahl der im Betrieb geleisteten Arbeitsstunden geben. Bei Stilllegung sollte es keine Urlaubvergütung mehr geben. Der Vertrag sollte bis zum Jahresende 1932 laufen. Mit aller Schärfe lehnten sie ab, einer Regelung über die tarifliche Verankerung von Effektivlohnauflagen- Bestimmungen beizupflichten. Daraus geht hervor, daß sich die Arbeitgeberseite bei der Aufstellung ihrer Forderungen in ihren rücksichtlichen Bestrebungen keinen Zwang auferlegte.

Am Mittwoch, dem 19. März, nachmittags, begannen im Beisein der Schlichterkammer und unter dem Vorsitz des stellvertretenden Landespräsidenten, Herrn Böhm, Nürnberg, die freien Verhandlungen. In die Schlichterkammer wurden unsere Kollegen Albin Kari, Curt Griesbach und Martin Fromm von den Christen, delegiert, von den Arbeitgebern wirkten Dr. Rod, Erditz und Furbach mit. Unsere Tarifverhandlungskommission setzte sich aus den Kollegen Apel und Mierischke von der Zentralbranchenleitung, den Gauleitern Kollegen Erdmann, Frenkel, Hoffmann, Kerner, den Kollegen Müller-Rohlfing, Meinhart, Nagel, Uwe-Luis-Sonneberg, Küger-Selb, Kleiber, Marktreich, Thiem-Weiden, Uhlmann-Meinen, Köllig, Metzgerhütte, Kühn-Waldenburg, Junker-Wonn, Schulz-Kunze, Schulz-Berlin und Henninger-Charlottenburg zusammen. Von den Arbeitgebern waren vertreten die Herren: Graml-Stablingsried, Lustig-Wagberg, Simion-Gotha, Puritz-Darmstadt, Braun-Gornberg, Dr. Richter-Nagel, Senbach-Siegle, Dr. Warnke-Berlin, Teetzmann-Selb, Peeg-Wonn, Mühlhagen-Dresden.

Die Begründung unserer Forderungen gaben die Kollegen Apel und Mierischke. Kollege Apel hob als wichtigste herab, daß in den Tarif eine Bestimmung hineinkommt, nach der in Zukunft beim Abschluss eines neuen Lohnabkommens Effektivlohnauflagen für die im Akkord Beschäftigten gewährt werden können. Bei der Dreiklassen-Einstellung lagen eine große Anzahl Anträge vor, von denen leider eine Menge unberücksichtigt bleiben mußten. In der Altersklasseneinteilung ist eine Herabsetzung des Alters von 24 auf 22 Jahre notwendig, weil darin eine Ungerechtigkeit liegt. Die Bestimmungen bei Betriebsstörungen sind zu verbessern. Auf den Urlaub legen wir den größten Wert mit. Dazu stellen wir Forderungen auf Erweiterung der Urlaubsrechte. Die Gesundheitsverhältnisse der Porzellanarbeiter sollten bedungen werden. Die Höhe der Entlohnungen und die hohen Krankheitszuschüsse zwingen zu längerer Urlaubszeit. In Bezug auf die Streikverbotung sind noch einige Punkte im Vertrag, die zugunsten der Arbeiterinnehme geschlossen werden müssen. In den letzten Monaten hatten die Belegschaften einen starken Lohnbruch zu spüren. Löhnen und Sicherungen tariflich zu verankern. Die Forderungen gehen dahin, Akkordleistungen im Zeitlohn zu verankern. Das können wir nicht dulden oder gar mitmachen. Die Arbeitszeitverkürzung von 45 auf 43 Stunden brauchen wir im Interesse der vielen Arbeiter. Bei Nebenstunden, die möglich ist zu vermeiden sind, muß ein Zuschlag von 25 Proz. gefordert werden. Die Arbeiter; zwischen einer Anzahl Betriebe ist sehr ungleich geworden. Werte unterbieten sich in einer industriellen und häßlichen Art, die nicht zu sein braucht. Das geht das nicht. Wenn wir die Tarifparteien auf Kosten der Arbeiter auf diese Weise bekämpfen. Wenn sich die Dinge so weiter entwickeln, muß sich die Tarifparteien und die Arbeiterinnehme hart überlegen. Unser Forderungen sind für die Zukunft angebracht, diese wird in wirtschaftlicher Hinsicht nicht überhört werden. Deshalb bitten wir um stärkste Berücksichtigung.

Der Sprecher der Arbeitgeber, Dr. Warnke, verwies nochmals seiner Ansicht darauf, daß er im Vorjahre in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung gewarnt hat. Seinerzeit habe die Arbeiterinnehme gefordert. Nun sei es so geworden, wie vorausgesagt war. Die Verschlechterung sei den Unternehmern nicht erspart. Die Akkordtarif ist gefährdet, der Defizit hat sich nicht in einem Maße bessern. Der Akkordtarif, und besonders der Export nach Amerika, habe sich verschlechtert. Japan und die Tschechoslowakei treibe Konkurrenz. Der Akkordtarif sei sehr niedrig. Die geltenden Forderungen der Arbeitnehmer seien zahlreicher und weitgehender als vor zwei Jahren, was zwischen den Arbeitgebern stark kritisiert werden. Das Akkordtarif müsse neu geordnet werden und sei nicht mehr anzunehmen. Die Krankheitszuschüsse seien nicht zu hoch. Die Urlaubsklausen sollten verbessert werden. Die Akkordtarif sei ein Akkordtarifbestimmungen können nicht zu hoch sein. Im Nebenabkommen sollten die Nebenstunden anzuerkennen und bei Kurzarbeit herabgesetzt werden. Alles in allem, das Akkordtarif sei nicht zu hoch, die hauptsächlichsten Tarifbestimmungen werden zu verschleierten.

Vom Kollegen Mierischke wurden noch einige Punkte hervorgehoben, darunter besonders die Auswirkung der Kontingentierungsmaßnahmen auf die Kurzarbeit, die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit, die Angleichung unserer Tarifbestimmungen an die Rechtsverhältnisse im Falle einer Vertriebsstörung, die Nachtzulagen für Nachtarbeiten, die Herabsetzung der Altersklassen, Fortfall der Lohnstufe A, die Notwendigkeit von Effektivlohnauflagen, tarifliche Regelung der Beurlaubungsverhältnisse, längerer Urlaub für Jugendliche und Lehrlinge u. a.

Kollege Emil Hoffmann, der dann das Wort erhielt, machte darauf aufmerksam, daß einige Thüringische Porzellanfabrikanten die Meinung hätten, über ihn sei bei Tarifverhandlungen das Redeverbot verhängt. Um zu beweisen, daß das nicht der Fall sei, wollte er Ausführungen zur Sache machen. Sie lauteten dahin: Die Forderungen der Arbeitgeber sind kulturfreundlich. Die Menschheit erstrebt eine höhere Kultur, und unsere Arbeitgeber, die im Verkauf ihrer Ware den Standpunkt: „Porzellan ist Kultur“, vertreten, wollen bei ihrer eigenen Arbeiterinnehme den Kulturfortschritt zurückdrängen. Es geht nicht an, daß die Disziplinlosigkeit der Porzellanfabrikanten im Verkaufswesen auf Kosten der Arbeiterinnehme vor sich gehen kann. Die Kontingentierung ist auch am Niedergang des Abzuges schuld. Die tschechoslowakische Konkurrenz könne doch unmöglich so groß sein, denn es liefert doch deutsche Porzellanfabrikanten ihre Ware nach der Tschechoslowakei. Der Lieblingsantrag der Arbeitgeber wegen der Akkordtarifbestimmung würde zur Anarchie auch im Verkaufswesen führen und verschlechtere die Lage der Thüringischen Porzellanindustrie noch mehr. Wer jedoch glaube, die einzelnen Konkurrenz in Thüringen seien auf die schlechte Industrielage zurückzuführen, der irre. Die Thüringischen Zusammenbrüche seien reiflos auf die persönliche Unfähigkeit der Besitzer bzw. der Betriebsleitungen zurückzuführen. Diese seien den industriellen, farbmännlichen und technischen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Was an Verfehlungen in dieser Hinsicht bei einer Anzahl Thüringischer Fabriken vorkam, sei unbegründet. Der Konkurs in Stüberbach a. B. sei mit darauf zurückzuführen, daß man dort die Fabrik in Manach, die früher Luxus erzeugte, auf dem technisch-technischen Porzellan umstellte, und 150 000 RM hineinpumpt. Das Geld war nutzlos verthan. Das sei ein Beispiel, wie man nicht rationalisieren sollte. Ein anderer Fall ungeschicklicher Betriebsführung: Ein Betrieb wurde von einem berühmten und einem weniger berühmten Fachmann geführt und hatte bei seiner Produktion 35 v. H. Ausschub. Das ging jahrelang. Als der berühmte Fachmann einmal mehrere Wochen wegen Krankheit von der Fabrik abwesend war, konnte der Nachwuchsfall auf 5 v. H. verringert werden. Ein Zeichen, daß es mit dem berühmten Fachmann nicht allumweit her sein konnte. Selbst Wirtschaftsführer großer Konzerne sind von Nachlässigkeiten nicht freizusprechen. In einem Ort übernahm ein Konzern eine Aktiengesellschaft mit drei Betrieben. Den ältesten Betrieb wollte man rationalisieren, was eine Unmöglichkeit war. Den neueren und günstiger gelegenen Betrieb ließ man liegen. Eine Menge Geld wurde unnötig verpulvert mit dem Resultat, daß heute alle drei Betriebe stillliegen. Man sollte nicht an den Löhnen herumputzen, sondern das führt zu nichts. Guten. Die geforderten Akkordtarifbestimmungen der Arbeitgeber brachten noch einen größeren Wirtswart und hätten noch niedrigere Löhne zur Folge. Aber auch die könnten den Arbeitgebern nichts mehr nützen. Ein typischer Fall in Thüringen beweise das treffend. Dort sei ein Betrieb, der keine organisierten Arbeiter habe, dort habe der Fabrikant volle Freiheit in reaktionärer Richtung gehabt. Keine organisatorischen Hemmungen habe es dort gegeben, weder Preiskommissionen, noch Defizitkommissionen, noch tarifliche Belastungen, dafür niedrige Löhne und volle unternehmerliche Ausnutzungsmöglichkeit. Die Belegschaft machte von keinem Recht Gebrauch, war willig, becheiden und arbeitgeberverständig. Der Leiter des Betriebes galt als Fachmann und als Wirtschaftsführer von Rang, er war manchem ein Unternehmer Vorbild, hielt Vorträge und ließ sein Licht leuchten. Nun ist er fertig, er hat abgemündigt, und es stellt sich heraus, daß er, der allen helfen wollte, sich selbst nicht helfen konnte. Auf diesen Mann ist selbst eine Zweigabteilung der Kommerzbank hineingefallen, denn sie gab ihm 546 000 RM Kredit — also Geld weit über den Wert des Betriebes hinaus. Ein stillgelegter Zweigbetrieb des gleichen Wertes wurde auch noch mit 95 000

Reichsmark belastet. Der Wert des Warenlagers wurde mit 440 000 RM angegeben, was die Hälfte der Jahresproduktion ausmachte. Solche Überwirtschaft trieb ein Fachmann. Er war ein Unglück für den Betrieb, für die Arbeiterinnehme mit ihren Familien und für die ganze Gegend. Das Unternehmen ist nun t. b., das heißt konkursfähig. Wenn solche unfähigen Wirtschaftsführer und Betriebsleiter herrschen, ist es ein Unglück für die Porzellanindustrie, auf diese Weise muß sie zum Teufel gehen. So wurde gehandelt, und nach so einer Nachposition schenken sich einige Unternehmer wieder zurück. Der Fall sollte zur Warnung dienen.

Kollege Henniger machte den Klagen Warnkes gegenüber einige Feststellungen über die mengen- und wertmäßige Steigerung der feinkeramischen Ausfuhr seit 1924, die stetig aufwärts ging. Er verwies darauf, daß die Unternehmungen trotz aller Klagen noch Profite abwerten, daß noch Dividende, und vor allem Lantime gezahlt wird. An Hand von Auszügen aus den Jahresbilanzen der Aktiengesellschaften wies er nach, wie seit 1924 die Betriebsgewinne eine stetige Aufwärtsbewegung zeigten. Auf den erregten Einwand der Arbeitgeberseite, warum er die Rohgewinne herausnehme — die steigenden Fertigungsgewinne, Vorträge, Abschreibungen und Dividendenbeiträge hätte er später noch behandelt — machte er auf die im allgemeinen irreführenden Bilanzen aufmerksam. Die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften der feinkeramischen Industrie weisen nicht nur für die für den Kapitalisten erfreuliche Entwicklung seit 1924 auf, sondern sie lassen auch erkennen, welche Unternehmen gut gekettet werden und welche Direktoren den Anforderungen der Zeit gerecht werden. Die feinkeramische Industrie war neben dem Auswerben an Profit aber auch noch in der Lage, Zweckbauten aufzuführen, zu rationalisieren, zu technisieren, sich durch Vermehrung der billigeren Frauennarbeit zu helfen. Eine Anzahl Firmen konnte sich auch aus eigener Finanzkraft erweitern, so die Vh. Kojenthal u. G. Sie kaufte Erkerbreuth und richtete es ein, pachtete Sophienthal und beabsichtigte es zu erwerben, nahm Neustadt b. Coburg zu sich, baute in Selb ein neues großes Werkfeld, in Pößberg eine Keramik-Abteilung und in Kronach eine Ton-geschirrabteilung. Die Winterklänge nahmen Windisch-Giesebach unter ihre Fittiche; Heinrich & Co u. Selb Gräf & Krippner. Sogar eine sehr teure Belastung konnten einige Porzellanunternehmungen in Gestalt der von den Banken eingezogenen Direktoren auf sich nehmen. Welches Vertrauen die Porzellanfabriken noch genießen, geht auch aus der Aufleise eines Geldinstituts an eine schlechte Porzellanfabrik hervor, die 700 000 RM pumpt. Allerdings kann daran auch das Ende dieses Betriebes hängen. Die feinkeramische Industrie steht nicht schlecht, die Betriebe müssen nur richtig geleitet werden, dann werden sie auch entsprechende Gewinne ab. Die Aktiengesellschaft der größte Teil der Werke selbst. Ein Teil Porzellanfabriken könnten noch gehalten werden, wenn intelligente und erfahrene Arbeiter mit der Leitung der Betriebe betraut würden.

Da von Dr. Warnke auch die Firma Zeichert in Meichen mit genannt worden war, nahm Kollege Uhlmann Veranlassung davon zu antworten. Er brachte u. a. auch eine Meinung von als Fachleute geltenden Porzellanindustriellen vor, nach der eine 50-60 Warenabsteuere als zu betrachten sei. Man erschrecke geradezu, wenn man sehe, wie ein Teil Betriebe geleitet werde. Bei den Leitungen mancher Werke liege deren Niedergangsursache. Die Gießer und Garnierer der Spülwarenindustrie und Fliesenpresser nicht mehr als Facharbeiter anerkennen zu wollen, sei ein Stück aus dem Volkswort.

Kollege Meinhart machte auf die erschreckenden Krankenziffern in Kahl aufmerksam. Von 1700 in Kahl erkrankten Arbeitern und Arbeiterinnen waren 1100 krank. Besonders die Frauen wurden stark in gesundheitlicher Hinsicht im Mitleidenstand gezogen. In Kahl sind gegenwärtig 113 Invaliden im Alter von 25 bis 34 Jahren.

Nachdem Kollege Apel und Dr. Warnke noch einige Bemerkungen gemacht hatten, waren die freien Verhandlungen beendet.

Am Donnerstag begann die Schlichterkammer mit ihrer Tätigkeit. Diese Verhandlungen brachten uns im Vergleich zum laufenden Manteltarifvertrag einige Neuerungen und Änderungen.

Der alte Heubach in Lichte als Fabrikant erledigt.

Wer kennt ihn nicht, den Allerbekanntesten Richard Heubach, früher Mitbesitzer, später Direktor der Porzellanfabrik Gebrüder Heubach u. G. in Lichte, und der angegliederten Porzellanfabriken in Wallendorf und Radolfstadt. Weit über den Bezirk Lichte-Wallendorf hinaus kennt man ihn. Im Arbeitgeberverband spielt er eine besonders große Rolle; er gehörte zu den unerfährten Reaktionsären. Besonders tritt bei ihm grenzenlose Rücksichtlosigkeit zutage, wenn es sich um Arbeiterfragen handelt. Richard Heubach ist nicht nur der „weiße“ Salomon der Porzellanfabriken des ganzen Grafschaften Bezirks, sondern auch der gesamten Thüringer Porzellanfabriken und mehr oder weniger der deutschen Porzellanfabriken überhaupt.

Es ist bekannt, daß er sich mit Vorträgen verschiedener Art traktiert hat und das nicht nur im „Hallensteint“. Allerdings hat er einige wenige Fabrikanten seine „Fähigkeiten“ schon gezeigt. In Lichte haben diese schon im vorigen Jahre ihrer Heubach-Druck: Richard kann allen helfen, nur sich selber nicht! Schon im September vorigen Jahres ließen so die ersten Berichte: Richard sei für Lichte erledigt. Anfang Dezember dann in verschiedenen bürgerlichen Zeitungen Thüringens ein kurzer Bericht über die am 30. November 1929 in Lichte stattgehabene 25. ordentliche Generalversammlung der Aktiengesellschaft. In diesem wurde ganz vorichtig und sehr nachsichtig gesagt, daß Richard Heubach mit Ende des Jahres 1929 als Direktor aus der Aktiengesellschaft ausscheidet. Formell war Richard am Jahresabschluss ausgeschieden sein, aber in Wirklichkeit ist er sofort gegangen worden. Aus dem erwähnten bürgerlichen Pressebericht muß man auch unwillkürlich folgern, als ob wegen der zur Aktiengesellschaft Lichte gehörigen Porzellanfabrik in Radolfstadt (früher Fr. Rohde) noch eine Manipulation beabsichtigt oder gar erfolgt war. Der Schlussatz jenes Berichtes lautet nämlich wörtlich: „Von der erfolgten letzten Zusammenkunft der beiden Betriebe in Lichte und in Radolfstadt werden für die Zukunft günstige Auswirkungen erwartet.“ Für den Kenner der Verhältnisse und Zusammenhänge ist dieser Satz sehr verdächtig. Wir halten es aber für notwendig, an dieser Stelle das ganze Können dieses Mannes als Wirtschaftsführer einer näheren Betrachtung zu unterziehen, wie er die ganze Firma zusammengehirnt hat.

Nach den uns vorliegenden Angaben ist die schon seit 1926 stillgelegte Porzellanfabrik Wallendorf aus der feinkeramischen Aktienanteile mit 95 000 RM belastet worden, wozu die Kreisbank in Saalfeld die Bürgschaft übernommen hat. Es ist ein Rätsel — für die Kenner der Zusammenhänge vielleicht auch

nicht — mit welcher Weisheit die Bürgerschaft in dieser Höhe übernommen wurde für einen Betrieb, dessen Wert Fachleute auf höchstens 20 000 bis 30 000 RM schätzen. Der Betrieb in Lichte soll von der Commerzbank in Saalfeld mit nicht weniger als 50 000 RM belastet sein. Während die Warenvorräte mit 440 000 RM uns benannt wurden. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die beiden letztgenannten Kosten ihre Wichtigkeit haben könnten, so muß man doch sagen, daß in den wenigen Jahren seit der Stabilisierung in einer Weise gewirtschaftet worden ist, die mit den Interessen einer wirklichen Betriebsführung usw. im starken Gegensatz stehen. Wenn man aber weiß, daß der Jahresumsatz nur reichlich 750 000 RM war, so muß man sich über die Höhe der Außenstände wundern, noch mehr aber über das hohe Warenlager, das angeblich vorhanden sein soll. Wir bezweifeln, ob unter solchen finanziellen Verhältnissen der Betrieb in Lichte sich halten läßt, von Rentabilität ist jedenfalls ganz zu schweigen. Daß die Aktionäre und die Geheime diese „Rücksichtslosigkeit“ des Heubachs, wie sie in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt; erst vor wenigen Monaten erkannt haben, läßt recht bedenkliche Schlüsse zu, wir wollen deshalb auch nicht unterlassen, ob der Urlaub des Direktors der Commerzbank in Saalfeld mit diesen Vorgängen irgendwelchen Zusammenhang hat.

Wir konnten den uns gemachten Angaben, daß Heubach in irgendeiner Form Angestellter des Arbeitgeberverbandes sei, nicht recht Glauben schenken. Doch haben wir jetzt die Tatsache festgestellt, daß er, trotzdem er nicht mehr Direktor der Aktiengesellschaft in Lichte ist, als der alte „Unerfährte“ des Arbeitgeberverbandes in der Tarifkommission gesellen hat; er ist also nach wie vor im Arbeitgeberverband tätig. Es kann also gar nicht anders geschehen werden, als daß er mehr oder weniger Angestellter des Arbeitgeberverbandes ist, welchen man für diese „Kraft“ nicht zu beneiden braucht.

Heubach gehört aber auch dem Verband der Porzellanfabriken als Aufsichtsratsmitglied an, desgleichen der Organisations- und der Vollkommission dieses Verbandes. Eine der Hauptaufgaben dieses Verbandes ist, die Schlichterkonturrenz zu unterbinden. Wie hat nun Heubach als prominenter Mitglied dieses Verbandes dessen Ziele gefördert? Es schreibt zur Zeit ein Verfahren, in welchem behauptet wird, daß die Firma Moritz in Laubenbach schon unter den vorgeschriebenen Verbandspreisen verkaufte und von Heubach noch unterboten wurde. Mehrfache Vorgänge sind uns mehrfach bekannt geworden, nur einen wollen

Dienstag, 1. April 1930.

Geyersthal, Arbeitsschlus, Referent Kollege Apel, Charlottenburg.

Wallendorf, abends 8 Uhr, Referent Kollege Apel, Charlottenburg.

Zaubenbach, Arbeitsschlus, Referent Kollege Müller, Kaghütte.

Schmiebsel, abends 8 Uhr, Referent Kollege Müller, Kaghütte.

Probstella, Arbeitsschlus, Referent Kollege Erdmann, Ilmenau.

Selb.

Nach den Presseberichten hat die Feinkeramische Industrie auf der Leipziger Messe unterschiedlich verkauft, bzw. Aufträge erhalten. Die Stapelwarenfabriken haben anscheinend besser abgeschlossen, als die in der höchsten Verkaufskategorie rangierenden Qualitätsfabriken. Die Messe ist aber nicht der Gradmesser der zu erwartenden steigenden Konjunktur.

Es sind Gerichte im Umlauf, daß die Leitung der Deutschen Reutherwerke — man spricht von der Abt. B. — beabsichtigt, wieder einem Teil der Belegschaft zu kündigen. Sollte dies Tatsache werden, so würde einer Anzahl Porzellanarbeiter für lange Zeit, ja vielleicht für immer, die Verdienstmöglichkeit genommen sein.

Die Belegschaft kann eine derartige Maßnahme nicht verstehen, denn fast alle Arbeitsaufträge sind eilig. Auch ist es unbegreiflich, daß trotz der angeblich schlechten Geschäftsganges in der Porzellanindustrie, die Unternehmer noch Über-

wir besonders hervorheben. Eine thüringische Luxusporzellanfabrik verkaufte eine kleine Rüste mit 6 RM pro Duzend und kam dabei nur knapp auf ihre Herstellungskosten. Die gleiche Rüste verkaufte Heubach mit 3 RM. Daß mit solchen Geschäftspraktiken und „Fähigkeiten“ ein Betrieb in die Brüche gehen muß und die ganze Industrie zugrunde gerichtet wird, weiß jeder Schlußfähige Unverständliche ist aber, daß die Unternehmerverbände einem solchen Treiben tatenlos zusehen.

Über Heubachs „Fähigkeiten“ wollte man sich trotzdem in seinen Kreisen nicht entgehen lassen. Zur selben Zeit, wo er von seinen Aktionären den Verkauf bekam, prangte er als Kandidat der Deutschen Volkspartei für die vorjährige Landtagswahl in Thüringen an aussichtsreicher Stelle. Es gab Leute, die wissen wollten, daß Heubach wahrscheinlich Mitglied der neuen Thüringer Regierung werden würde. Die Qualifikation als thüringischer Wirtschaftsminister habe er doch zweifellos in der Porzellanfabrik in Lichte mehr als hinreichend erbracht. Wir sind allerdings der Meinung, daß er sich zum thüringischen Finanzminister besser geeignet hätte, denn in bezug auf „Finanzoperationen“ hat er doch, wie die vorbenannten Zahlen und Vorgänge beweisen, mancherlei los. Das Land Thüringen ist schon seit Jahren nicht mehr müdeleicher und diesen Prozeß konnte er ja als Fortsetzung an Lichte beschleunigen.

Zur Zeit der Inflation kaufte Heubach wie so mancher seinesgleichen alles auf, um jene Zeit gehen auch die Grundstücke des früheren Wallendorfer Gutes in seinen Besitz als Hauptaktionär der U. O. Lichte über. Die Bewirtschaftung soll eine gerodete fürchterliche gewesen sein. Der nicht unwesentliche Waldbestand befindet sich in einem Zustand, welcher der U. O. für die nächsten 20 Jahre keinerlei Gewinn bringt, sondern Zuschüsse erfordert.

Unter der Leitung des Heubach galt der tüchtige Arbeiter im Betrieb nicht allzuviel. So manche tüchtige Kraft hat er in den früheren Jahren auf die Straße gesetzt, besonders dann, wenn sie ihre Rechte als Arbeiter in vollem Maße forderte. Man merkte recht deutlich, daß die lebensbedrohenden Elemente bei ihm den Vortritt hatten, besonders dann, wenn sie dem Kriegerverein bzw. dem Kriegerbundes angehörten. Das führte dazu, daß seit verschiedenen Jahren in diesem Betrieb nicht ein einziger Arbeiter organisiert war. Es war in dieser Beziehung der einzige Ausnahmebetrieb in Thüringen. Weil aber die Kenner der Verhältnisse schon vor Jahren beobachtet konnten, wo dieser Betrieb „hingeführt“ wird, ist unermesslich mit bestimmter Absicht eine Agitation da nicht existiert worden. Daß die Löhne in diesem Betrieb dementsprechend waren, braucht kaum betont zu werden. Aber die Feststellung speziell bei Heubach in Lichte zu machen, daß niedrige Löhne einen Betrieb nicht retten könnten, erschien uns recht wertvoll. Was sagt nun jetzt der Arbeitgeberverband zu diesen Tatsachen? Lichte war doch für ihn immer ein Paradebeispiel! Noch vor drei Jahren kam Heubach gelegentlich der feinerzeitigen Verhandlung im Reichsarbeitsministerium mit einer von den in seinem Betrieb beschäftigten Arbeitern unterzeichneten, schriftlichen Erklärung des Inhalts: daß die Arbeiter Lohn-erhöhungen usw. nicht für erforderlich halten. Die klarliche Unterzeichnung eines solchen Schriftstückes beweist den von Heubach gezeigten Geist in Lichte. Damit hat sich allerdings die Arbeiterklasse in Lichte um den letzten Rest ihres Ansehens bei der aufgeklärten Arbeiterschaft gebracht. Den Dank dafür haben die Arbeiter inzwischen dem Heubach erhalten; er hat so gewirkt, daß die größte Teil heute arbeitslos ist und wie lange die jetzt im Vertriebe befindlichen Arbeiter im Hinblick auf die ganzen Verhältnisse noch beschäftigt werden können, steht sehr in Frage, zumal der Betrieb kürzlich bereits schon stillgelegt war.

Die Löhner Porzellanarbeiter können vom Glück reden, daß wir vor Jahren alles darangesetzt haben, die Sparkasse, die Heubach für Spareinlagen seiner Arbeiter aufgezogen, die ihm damit beträchtliches Kapital zu äußerst niedrigem Zinsfuß und wie Figuren — gegen unzulängliche Sicherheit zur Verfügung stellen. Haben auch die Löhner, die dem gegenwärtigen finanziellen Stand des Betriebes würden diese Sparguthaben wahrscheinlich verloren gehen.

Wer von der Arbeiterschaft dem Heubach nicht zu Willen war, den hat er rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Eine Anzahl tüchtige Arbeitskräfte in Lichte und Umgebung können ein Lied von dieser Rücksichtslosigkeit singen. Man hört, daß ein solcher Arbeiter kürzlich diesem alten Heubach, welcher sich nur letzten noch an der Straße sehen läßt, begegnet sei und soll sich da folgender Dialog abgehandelt haben: „Guten Tag, lieber Richard! Ich begrüße dich als Leidensgenosse. Vor einigen Jahren hast du mich aus der Fabrik geworfen und jetzt hat man dich hinausgeworfen.“

Heubach kann nun seinen Lebensabend mit der inneren Befriedigung beschließen, ein Unglück für die Arbeiterschaft von Lichte und Umgebung gewesen zu sein. Jahrelange Prozesse hat er geführt, um die Porzellanfabrik in Wallendorf in seinen Besitz zu bringen. Das gelang ihm mit dem Resultat, daß er sie nicht in Betrieb setzte, sie lag still. Die paar Brände, die vor einigen Jahren in der Wallendorfer Porzellanfabrik mit aus Lichte herbeigekommener Rohware gemacht wurden, sind unmöglich als Inbetriebsetzung zu bezeichnen. Ob mit diesen wenigen Dingen, die Heubach in Wallendorf gebrannt wurden, irgendwelcher Grund bei dem einen oder anderen Geldmittler hervorgerufen werden sollte, kann nicht unsere Aufgabe sein zu untersuchen, das muß schon Aufgabe dieser und der damit im Zusammenhang stehenden Institute sein. Eine große Anzahl arbeitsloser Porzellanarbeiter kennzeichnen einen der schärfsten Rückfälle in Thüringen, auf den vielleicht der eine oder der andere Unternehmerwindhund als seinen Protektor stolz sein kann.

Wie an kaum einem zweiten Beispiel ist im vorliegenden Fall der Arbeiterschaft bezeichnend gemacht worden, daß die Arbeiter für sie keinen Vorteil, sondern nur Nachteile bringt. So sehen wir heute nicht wenig jüngere und ältere Porzellanarbeiter in Lichte, die tren und unrettbar zu ihrem „anständigen Herrn“ Heubach stellten und als Bezeichnung dafür nun nicht wieder in den Vertrieben kommen. Man sieht sich der gewerkschaftlichen Organisation fern in dem trüben Mauer, Lebensstellung zu haben, die vielleicht auch verloren war. Heute stehen die Porzellanarbeiter von Lichte nun vor der vollendeten Tatsache, daß derjenige Mann, bei dem sie alaubten Lebensstellung zu haben, selbst eine solche nicht hatte und hat geben müssen. Begreift ihr Arbeiter und Arbeiterinnen von Lichte und Umgebung nun, daß auch ihr zur gewerkschaftlichen Organisation, zum „Keramischen Bund“ im Fabrikarbeiterverband gehört? Oder noch immer nicht?

Versammlungen im Grafsenthaler Bezirk.

Thema: Bericht von den Tarifverhandlungen und die Berichtserlegungen der Arbeitgeber.

Montag, 31. März 1930.

Bod und Teich, Arbeitsschlus, Referent Kollege Apel, Charlottenburg.

Lichte, abends 8 Uhr, Referent Kollege Apel, Charlottenburg.

Grafsenthal, Arbeitsschlus, Referent Kollege Müller, Kaghütte.

Reichmannsdorf, abends 8 Uhr, Referent Kollege Müller, Kaghütte.

Lippoldsdorf, Arbeitsschlus, Referent Kollege Erdmann, Ilmenau.

Reisan, abends 8 Uhr, Referent Kollege Erdmann, Ilmenau.



fünfzig Jahre Kalksandstein.

Von altersher war bekannt, daß ein Gemisch von Sand und Kalk in geeigneten Proportionen der Luft ausgesetzt mit der Zeit zu Stein erstarrt, doch war der erhärtende Einfluß der Witterung auf dieses Gemisch nur ein sehr langsamer, und je nach der Beschaffenheit der beiden Rohmaterialien konnte diese Erhärtung Wochen, Monate oder Jahre erfordern. Mit der Kenntnis dieser Tatsache gab man sich lange Zeit hindurch zufrieden. Als aber in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Wissenschaft auf den Gebieten der Physik, Chemie und der Technik so enorme Fortschritte machte, wie sie in den letzten beiden Jahrhunderten vorher sich nicht gezeigt hatten, konnte es nicht Wunder nehmen, daß man auch die Bildung des Kalksandsteines näher erforchte und sehr bald zu Schlüssen kam, welche eine künstliche Verfestigung des selben im Ofen bezw. fabrikmäßig zuließe. Man fand, daß durch heißen Wasserdampf, der auf das Gemisch von Sand und Kalk in entsprechender Form einwirkt, eine bedeutend raschere Erhärtung zu erzielen war, und dieselbe bei Verwendung von hochgepanntem Wasserdampf, schon in etwa zehn Stunden sich vollziehen konnte. Seit dieser Entdeckung war die Gelegenheit geboten, Kalksandsteine in modern industrieller Arbeitsweise zu erzeugen. Um das Jahr 1880 herum wurde zum ersten Male ein einigermaßen brauchbarer Stein hergestellt. Es folgten verschiedene Verfahren und die Erfindung und Erfindung verschiedener Hilfsmaschinen, aber erst in den neunziger Jahren gelang es wirklich positive Resultate zu erreichen.

Wie bei den ersten Anfängen der Großfabrikation von Kalksandsteinen bezüglich der Rohmaterialien und deren Mischungsverhältnis und der verschiedenen Fabrikationsverfahren vorgegangen wurde, erhellt aus folgenden Feststellungen: Der beste Sand zur Kalksandsteinfabrikation ist der am meisten kieselsäurehaltige und der am meisten scharfkantige. Erdige Beimengungen sind unangünstig. In der Praxis wird ein kleiner Teil erdiger Beimengungen nicht ungerne gesehen, weil das Pressen der Formlinge leichter ist; der erdige Zusatz wirkt klebend. Wird Seesand verwendet, so muß derselbe erst gewaschen werden, um ihn von den salzigen Bestandteilen zu befreien, weil dieselben die Kondensation zwischen der Kieselsäure des Sandes und dem Kalk und damit die Erhärtung beeinträchtigen. Jeder feichtbare Kalk kann verwendet werden. Erstens: Fettkalk (Weißkalk) — je hochprozentiger, desto intensiver ist seine Einwirkung auf den Sand, desto leichter geht die Erhärtung vor sich. Zweitens: Magerkalk muß in entsprechend größerer Quantität zugelegt werden; hat er aber hydraulische Eigenschaften, das heißt, ist er drittens: hydraulischer Kalk (im Stücken, sog. Schwarzalk), so wirkt er zementartig und bietet bei der Austerhärtung allein die Möglichkeit, in einigen Monaten vermauerungsfähige Steine herzustellen; denn die Austerhärtung mit Fettkalk kann unter Umständen Jahre beanspruchen und findet betamlich an feuchten Orten überhaupt nicht statt. Bei scharfem reinem Quarzsand genügt ein Zusatz von sechs Gewichtsteilen, um die nötige Kieselsäure Kalkbildung zur Erhärtung durchzuführen. Dieser Prozentsatz erhöht sich bis etwa zehn Prozent je nach dem Grade der erdigen Zufüge im Sand.

Die verschiedenen Fabrikationsverfahren unterscheiden sich in der Hauptsache in der Anwendung von Kalkbrei (abgelöschter Kalk als Brei), pulverförmigem Kalkhydrat (abgelöschter Kalk in Pulverform) und pulverförmigem Kalk (unabgelöschter Kalk in Pulverform), ferner in der Erhärtungsweise durch die freie Luft, durch Niederdruckdampf und durch Hochdruckdampf.

Zur Entwicklung der Kalkbrennöfen.

Gewissermaßen technisch abseits von den bisher genannten Kalköfen steht der in die Bruchwand eingetaste Brennlocher. Es handelt sich hier um einen senkrechten Schacht mit einem Durchmesser von 2 bis 3 m, welchen Schacht man an der Sohle des Bruches durch einen Stollen verband. Der Schacht wurde schichtweise mit Kalkstein und Holz beschickt. Wenn auch diese Brennlocher manche Vorteile boten, so im Bau und Betrieb, so ergab sich auf der anderen Seite jedoch der Nachteil, daß die Lebensdauer der Brennlocher ziemlich kurz und auch die Brennleistung nur gering war. Naturgemäß wurden die selbst aus Kalkstein bestehenden Schachtwände im Laufe der Zeit mitgebrannt, so daß infolge eintretender Abreibungen der Schachtquerschnitt derart vergrößerte, daß ein weiterer Betrieb des Brennlocheres nicht mehr möglich wurde. Allerdings traten hin und wieder Fälle ein, wo sich eine Glasurbildung an der Schachtwand vollzog, so daß der Querschnitt ziemlich erhalten blieb, gleichbedeutend mit einer verlängerten Lebensdauer.

Der alte Trichterofen war bald großen Fortschritten unterworfen. Die Entwicklung führte zunächst zum Röhrenofen und später zum Gasofen; auch bildete der Trichterofen den historischen Ausgangspunkt für den beliebigen Schachtöfen. Zu erwähnen ist der Röhrenofen, der zu Anfang des 19. Jahrhunderts eine ziemlich Rolle spielte. In der ersten Zeit lagen beim Röhrenofen die Feuerungen mit den Röhrenöffnungen in gleicher Höhe; wäter ging man dazu über, die Feuerungen einige Meter über den Röhrenöffnungen anzuordnen. Damit war die wirtschaftlich und technisch wertvolle Trennung zwischen Vorwärm-, Brenn- und Abkühlzone erreicht. Die Feuerungen trugen

Stunden fordern. Wir vermuten, daß die Ursache dieser Last: Würden vielleicht die Facharbeiter um die nachte Umformung arbeiten, ginge es schließlich eine Zeitlang besser: es käme dann bald der Zeitpunkt, wo der Porzellanindustrie durch Umformung arbeiten auch nicht mehr zu helfen wäre.

Kommt es zu weiteren Entlassungen, so muß das Arbeitsamt Marktredwitz unter allen Umständen veranlassen, daß die Beschäftigungserlaubnis für die Ausländer zur rückgängig gezogen wird; denn es kann nicht angeden, daß die hiesigen eingearbeiteten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen der Erwerbslosenunterstützung zur Last fallen, oder gar Wohlfahrtsunterstützung beziehen müssen, während täglich einige Hundert Arbeitskräfte mit den Fügen aus der nahen Schichtloswafel kommen.

Die Eltern, deren Jungen Ostern die Schule verlassen, möchten bei der Berufswahl recht vorsichtig sein. Der Malerberuf ist mit Behrungen berat überfüllt, daß an ein Fortkommen der jungen Leute nicht zu denken ist.

In den Drehereien wird der Facharbeiter immer mehr durch die billigere weibliche Arbeitskraft verdrängt; ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Frauen werden Männerarbeiten von diesen ausgeführt, die auf den Organismus der Frauen schädlich wirken, was an dem hohen Krankenstand der Drehereiarbeiterinnen zu beweisen ist. Noch schlimmer ist es mit dem Formheruf; hier sind fast mehr Lehrlinge als mit weiblichen beschäftigt. Gerade in diesem Beruf ist nach unserer Erfahrung die wenigste Aussicht für spätere Dauerarbeit; denn es gibt Kunstfertigkeiten am Ort, die schon jahrelang drei Tage arbeiten. Möge recht bald eine Besserung in der hiesigen Porzellanindustrie eintreten; möge auch die Arbeiterschaft aus diesen Vorgängen, die nicht mit Gewalt geändert werden können, lernen und den Weg zur Organisation finden; denn nur durch die Organisation hat sie Schutz und Hilfe sowie Unterstützung in der größten Not.

Die Anwendung von Kalkbrei ist insofern günstig, als die Mischung klebrig ist und das hartnäckige Brekzug sich verhältnismäßig leicht zu Formlingen gestalten läßt, namentlich bei größeren Zusätzen von Kalkbrei; auch ist ein Nachlöchen des Kalkes, nachdem die Formlinge gestaltet sind, und dadurch ein Klüftungwerden beim Erhärten nicht zu befürchten. Sand mit Kalkbrei ist aber schwerer zu mischen als Sand mit pulverisiertem Kalk, auch ist der Transport durch mechanische Transportvorrichtungen schwieriger, als mit der durch Zufuß von pulverförmigem Kalk entstehenden, mehr arbeitsmäßigen Mischung. Will man nun das Hochdruckverfahren anwenden, so muß man die Formlinge separat, nicht aufeinander gestapelt, der Einwirkung des hochgepannten Dampfes aussetzen und dieselben eine langsam verlaufende Vorerhärtung durchlaufen lassen, bis zu dem Grade, wo sie die Einwirkung des Hochdruckdampfes ertragen können. Die Anwendung von Kalkbrei dürfte sich daher, namentlich bei der fortschreitenden Verbesserung der Pressen, immer mehr auf kleinere Anlagen mit Austerhärtung beschränken. Einige Steinfabriken fabrizieren Kalksteine mit Kalkbrei und Austerhärtung. Um in der Zeit von einigen Monaten die Formlinge bis zur Vermauerungsfähigkeit zu erhärten, wird ein etwa 10prozentiger Zusatz von hydraulischem Kalk gemacht.

Die Anwendung von Kalk hat den Zweck, unter Beibehaltung der mehr röhrenförmigen Beschaffenheit ein quälendes Brekzug zu schaffen, das von der Presse leichter verarbeitet wird und sofort den Einfluß des Hochdruckdampfes verträgt. Bei Anwendung des Kalkbreiverfahrens ist in erster Linie Bedacht darauf zu nehmen, daß der Kalk so frisch als möglich verwendet wird, ehe er aus der Atmosphäre nennenswerte Feuchtigkeit aufgenommen hat. Es empfiehlt sich, bei derartigen Anlagen den Kalk in der Nähe der Steinfabrik zu brennen und ihn möglichst sofort zu verarbeiten.

Ein wichtiger Punkt ist die Feuchtigkeitsfrage. Die Presse verarbeitet das Brekzug nur dann befriedigend, wenn der Feuchtigkeitsgehalt der Mischung in gewissen Grenzen bleibt. Die Praxis hat bis solchen Feuchten bis neun Prozent ergeben. Beim Kalkbreiverfahren können die Grenzen eventuell weiter gezogen werden, und es kann dort der Feuchtigkeitsgehalt höher als neun Prozent sein. Beim Kalkverfahren hängt es von der Härte der oder schwächeren Erhärtung ab, ob die Grenzen weiter gezogen werden können; jedenfalls geschieht dies aber auf Kosten der Qualität des Produktes. Der Sand hat eine natürliche Feuchtigkeitsgehalt, die man durchschnittlich auf sechs Prozent veranschlagen kann. Es liegt in der Natur der Sache, daß Sand mit in kurzen Abständen variablen Feuchtigkeitsgehalt selbst bei sorgfältigster Handhabung auch ein verschiedenes ausfallendes Produkt ergeben muß, und daß deshalb in erster Linie auf einen möglichst gleichmäßig feuchten Sand zu achten ist. Dann sollte nur Chargenmischung angewandt werden, das heißt immer ganz bestimmte Quantitäten einzeln für sich gemischt werden, damit der nötige Feuchtigkeitszusatz genau bemessen werden kann. Die Fabrikation der Kalksandsteine hat seit den ersten Verstellungsverfahren mit modernen Maschinen, die seither ständig verbessert worden sind, einen ganz ungeheuren Aufschwung genommen. Aber die Grundzüge für die Gestaltung des Rohmaterials nach Erkenntnis der erforderlichen Verhältnisse zur Erreichung eines einwandfreien Produktes sind trotzdem dieselben geblieben.

Vadermann, Niederhörschhausen.

den Charakter einer Röhrenfeuerungsanlage. Man vertrat damals den Standpunkt, im Röhrenofen den hiesigen die Brennlocher, verbrauchen einen recht wirtschaftlich arbeitenden Dien zu stellen. Im Röhrenofen haben wir denjenigen Dien vor uns, der vor dem Aufsteigen des Ringofens lange Zeit der herrschende Dien in der Kalkindustrie war. Der Röhrenofen Schacht erweitert sich im Längsschnitt bei der älteren Bauart im unteren Drittel, um sich dann nach unten wieder zu verengen. Der Schacht geht hiernach zwei in der Brennzone aufeinanderstoßende abgestumpfte Keue. Im übrigen war die Schachtform des Röhrenofens im Laufe der Zeit mannigfachen Änderungen unterworfen. Der Röhrenofen Dien hatte sich bereits in der natürlichen Höhe von 8 bis 14 m entwickelt; an der breiten Stelle des Schachtes war ringsherum eine Anzahl von Feuerungen, meist 3 bis 5 angeordnet. Nach der Beschickung mit Kalkstein wurde der Dien zunächst schwach beheizt, bis das Wasser im Innern verdunstet war. War dieser Zeitpunkt eingetreten, so ging man dazu über, drei Tage lang härter zu heizen, so daß der in der Brennzone befindliche Kalkstein längere Zeit unter Weißglut blieb. Alsdann nahm das Heizen seinen Anfang. Es war hierbei erforderlich, daß die in der Abkühlzone lauernden umgebrannten Steine zunächst beheizt wurden; erst dann konnte der regelmäßige Betrieb des Ofens vorankommen. Da der Querschnitt der Schächte auf ein bestimmtes Maß beschränkt bleiben mußte, hielt sich die Ofenleistung nachdem auf ein beschränktes Maß; demgemäß bewerkte sich die Tagesleistung zwischen 10 und 15 Tannen bei zweimaligem Heizen. Als großen Vortrang des Röhrenofens Dien empfand man die Wirtschaftlichkeit.

ist mit jedem Brennstoff betreiben zu können. Nach W. Moris befindet sich auf dem Staatl. Kalkbrennerei Kalkwerken eine Batterie von 15 Schächeln, die seit mehr als fünfzig Jahren ununterbrochen im Betrieb stehen. Diese Werke erreichen ursprünglich eine Tagesleistung von 10 Tonnen, sind aber in der Gegenwart durch Erhöhung der Esse, wodurch ein besserer Dämmung erzielt wurde, auf eine Tagesleistung von 22 Tonnen gebracht worden.

Sollte man es bis dahin in der Kalkbrennerei ausschließlich mit den vorgezeichneten Sch- oder Kammeröfen zu tun, so begann man dem nunmehr aufstrebenden Ringofen ein Wendepunkt in der Kalkbrenntechnik. Der Baumeister F. Hoffmann, gemeinsam als Erfinder des Ringofens bezeichnet, begann im Jahre 1858 zum ersten Male in einem Ringofen zu brennen. Dieser Versuch fiel sehr unvollkommen aus, hielt aber Hoffmann dennoch nicht davon ab, mit zäher Energie seinen Ringofen zu vervollkommen. Während unter Mitarbeit des Deutschen Zieglervereins der Ringofen in der Ziegerei bald zu einem vollen Erfolg kam, waltete sich das Vordringen des Ringofens in der Kalkindustrie wesentlich langsamer. Noch in den 1870er Jahren war man allgemein der Ansicht, daß der Ringofen zum Kalkbrennen ungeeignet sei. Dennoch führte auch hier die Entwicklung schließlich zu einem Erfolg. Die Bauart des Ringofens stellt sich als eine sehr einfache dar. Der ursprünglich ringförmige Brennkanal wanderte sich später in einen ovalen, in sich zurückdrehenden Kanal. Der Brennkanal besteht aus einer großen Anzahl von Abteilungen, die bei den ersten Ringöfen nur selten über zwölf hinausgingen. Jede Abteilung war mit einer Tür zum Ein- und Ausbringen des Kalksteins und einem Rauch versehen, der die Rauchgase in den Rauchkammer leitet. Die Beheizung des Ringofens bewirkte man durch im Feuergebäude in Reihen angeordnete Kohler, die durch eiserne Gloden einen Verschluß erhielten. Der Brennbetrieb eines Ringofens nahm in der ersten Zeit folgenden Verlauf: Zunächst besetzte man den ganzen Brennkanal, ausgenommen eine Kammer, mit Kalksteinen. Man hatte beim Essen darauf zu achten, daß die Steine in möglichst loser Schicht aufeinander ruhten, dergestalt, daß auf der Sohle in der Feuerleitung Kanäle von etwa 50 bis 60 cm Höhe ließen. Auch wurden unter den Heizlöchern im Gewölbe Schächte für die Aufnahme des Brennstoffes angebracht. Für eine gute Vermauerung der Einfahrtstüren wurde gesorgt; schon damals bediente man sich einer doppelten Vermauerung in Form einer dazwischenliegenden Folierschicht, die aus Mische, Sand oder Lehm bestand. Hinter der Einfahrtstür der mit Kalkstein besetzten Kammer errichtete man eine Ziegelmauer, die einen Einbau von zwei bis drei Plankehlungen erhielt. In einer Entfernung von zwei oder drei Metern hinter der Mauer erhielt der Rauch eine Verbindung mit dem Schornstein. Man erreichte diese durch Deffnen eines Ventils oder durch eine aufgesetzte Rohrleitung mit dem Rauchkammer.

Die Ziegler und unser Film.

In tiefer Ergriffenheit sehen wir in unserem Film „Aufstieg“ das traurige Schicksal einer Zieglerfamilie vorüberziehen, erleben wir mit, wie einst in gefühlvoller Weise die Unternehmer mit brutaler Gewalt über Körper und Geist, über das Leben der Ziegler verhängt haben. Degradiert zu Arbeitstieren mußten sie den Besitzern der Produktionsmittel von früh bis abends drohen zu tun. Ein gramames Leben! Rechtslos, in stumpfsinnigem Dahinbrüten wühlten diese Kollegen nur zum Zweck, das nackte Leben fristen zu können. Dreimal Wehe demjenigen, welcher geistig etwas aufgeklärter war und dessen Inneres sich sträubte, sich diese unmenschenliche Ausbeutung weiterhin bieten zu lassen. Dinausgerannt auf die Landstraße, gejagt und geachtet, das war ihr Los. Und trotzdem freute das solidarische Gefühl, die Zusammengehörigkeit der Proletarier. Ist doch dieser Film eine wichtige Aufgabe, ein lebendiges Bild, wie die gottgewollten Unternehmer in frowler Weise das menschliche Recht, Freiheit und Gleichheit, mit Füßen treten. Der Film zeigt aber auch, daß trotz aller Schikanen der Wille blieb, sich selber aus diesem Elend zu erretten. Der Glaube an eine bessere Zukunft gab den alten Ziegler die Kraft, unüberwindliche Hindernisse zu überwinden, ja selbst sein Leben für die Ideale und für die Kollegen zu opfern.

Geben diese Opfer wirklich Erfolg gehabt? Die Unternehmer sind gezwungen worden durch die Massenolidarität, uns Rechte zuzugestehen, die früher eine Unmöglichkeit waren, die nach dem Sinn der Sozialisten einem Individuum, wie es der Arbeiter darstellt, überhaupt niemals zustehen dürfen. Mancher Kollege ist durch den Einsatz seines eigenen Lebens für unsere Ziele zugrundegegangen. Und wie steht es heute mit unseren Idealen, mit der Solidarität in der Zieglerbranche? Nicht auf. Warum? Die Arbeits- und Lohnverhältnisse, geschaffen durch unsere Organisation, sind im Gegensatz zu früher bedeutend besser. Der Kampf der Arbeiter, Zeit zu gewinnen, die es zuläßt, Körper und Geist für kulturelle Zwecke auszubilden, sich vom Arbeits- und noch vollends zu befreien, ist erreicht. Aber leider denken viele Kollegen nicht mehr an die Zeit des Dienstes der Lebensmöglichkeit in der Zieglerbranche, sondern glauben, ihre Unzufriedenheit durch Verunglimpfung unseres Verbandes erlangen zu können. Schauen wir hinüber zu feindseligen Sagen. Dort ist der Gehalt der Geschlossenheit erreicht und in die Tat umgesetzt worden. Dort schließen sich die Unternehmerräte in eine Großorganisation zusammen. International verbundene stellen sie einen Machtfaktor dar, der den sich gegenseitig bekämpfenden Arbeitern äußerst gefährlich wird. Denken wir zurück an die graunige Zeit, unser Film läßt sie vor unseren Augen anstehen; denken wir an die Opfer, die diese Kollegen erbracht haben, deren Erfolge wir heute genießen.

An uns ist die Reihe, es den längst Vergangenen gleichzutun. Nicht feig wollen wir uns in der kommenden schweren Zeit betätigen, sondern der Film soll uns antreiben. Er hat uns das Schwere gezeigt. Nützlich im Vertrauen auf unsere Organisation, auf unsere Kräfte, wollen wir die ideohoren Hindernisse kürzer und den Weg für das Kommende ebnen. Allen neuen Kollegen muß dieser Film gezeigt werden, wir wollen sie für unsere Gedanken gewinnen können, soll der bisherige Gehalts erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden. Ich glaube, dieser Film ist besonders für die Ziegler geeignet, ne aus dem Film herausgearbeitet und in der nächsten Reihe der Kameraden zu führen. Je mehr unser Film „Aufstieg“ der breiten Masse gezeigt wird, desto größer ist die Agitation für uns. Nicht lesen und hören brauchen die Kameraden, sondern fesseln werden sie in der Vorgang, eingetragene und erleben angelehnt das Schicksal der Zieglerfamilie als das eigene und werden dadurch auf den Weg geführt, der zu unserer Organisation führt, die für ihn kämpft, wo einer für den anderen steht.

Ich bin überzeugt, daß dieser Film für uns Ziegler mehr wert ist, als die hundertfachen mehr abzusagen, als es tausend Augen können.

Hamburg-Lägerdorf.

Aus dem Geschäftsbericht der Breitenburger Vorstandsgemeinschaft Hamburg und Lägerdorf für 1929 geht hervor, daß das Geschäftsjahr 1929 nicht ganz so gut war wie das Jahr 1928. Das ist was der Weg zum Zement anbetrifft. Der Bericht beginnt mit der Abgrenzung der ersten Monate (Abrechnungsperiode Winter 1928/29) nicht ganz ausgeglichen werden konnte, trotzdem in der zweiten Hälfte des Jahres der Zementbetrieb ein erfolgreiches Geschäft war. Die letzten beiden Monate sind trotz milder Witterung erheblich besser als das Vorjahr abgelaufen.

Neben dem finanziellen Ergebnis kann man jedoch die Betriebsleistung der Zementfabrik aus dem Bericht heranziehen.

Es heißt unter anderem: Neue Lohn erhöhungen konnten wir durch weitere Mechanisierung unserer Betriebe zum größten Teil ausgleichen. Eine mögliche Verminderung der Belegschaft war dabei nicht zu vermeiden.

Das besagt, daß die höheren Löhne, die durch Lohnhöhung eintraten, durch Rationalisierung ausgeglichen wurden. Menschliche Handarbeit ist durch Maschinenarbeit ersetzt worden. Die Rationalisierung und Freisetzung von Menschenträften (letzteres sagt zwar der Bericht nicht, ist aber die Folge der ersteren) soll fortgesetzt werden. Es heißt da weiter:

Die Verjüngung unserer Kraftverjüngungs- und Mühlenanlagen ist im Gange. Rein finanziell ist folgendes Ergebnis erzielt:

Rohgewinn	638 575,49 RM
Für Abschreibungen und Instandsetzung	318 000,—
Reingewinn	318 575,49 RM
Dazu Gewinnvortrag des Vorjahres	27 549,61
Demnach verfügbar	346 125,10 RM

Die Verteilung dieser verfügbaren Summe soll nach dem Vorschlag des Vorstandes folgendermaßen vorgenommen werden:

An den Reservefonds	15 929,— RM
12 Proz. Dividende auf die Stammaktien	278 600,—
6 Proz. auf 8000 RM-Vorzugsaktien	480,—
Langtome an den Aufsichtsrat	24 226,50
Vortrag auf neue Rechnung	28 889,60
Summa	346 125,10 RM

Gane und Zahlstellen

Gau 4, Stettin.

Aus dem Jahresbericht 1929 vom Gau 4 bringen wir folgenden Auszug:

Allgemeines.

Der Kollege Güte mußte infolge andauernder Krankheit leider frühzeitig aus unserem Dienst scheiden. Wir sagen ihm für seine uns geleisteten Dienste unseren herzlichsten Dank.

Agitation.

Zur Belebung der Agitation, besonders in der Zieglerindustrie Pommerns und Mecklenburgs, waren zwei Kollegen eingestellt. Von dem Ergebnis in Pommern waren wir, unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage in der Zieglerindustrie, befrüchtigt. Wir sind in Zieglerbetriebe eingedrungen, wo wir bis dato nicht Fuß fassen konnten. Weniger befrüchtigt war das Ergebnis in Mecklenburg. Aber hier muß man das Sprichwort anwenden: „Der Berg kommt nicht zum Propheten, sondern der Prophet muß zum Berge gehen.“

Die Zahlstellen Ducherow, Jahnd und Uedermünde sind zu einer Bezirkszahlstelle verschmolzen; das hat sich gut bewährt. Für diese Bezirkszahlstelle ist der Kollege Sauter, Ducherow, angestellt. Die Zahlstellen Demmin, Loib und Grimmen haben sich an die Bezirkszahlstelle Stralsund angeschlossen.

Am die Agitation unter unseren Frauen und Mädchen vorwärts zu treiben, hatten wir die Kolleginnen Jämmert, Hannover, und Rumberger, Braunschweig, für Versammlungen gewonnen. Zur weiteren Belebung der Agitation unter den Frauen hatten wir zum 15. September 1929 eine Frauenkonferenz einberufen. Es war für unseren Bezirk die erste Konferenz dieser Art. Sie hat sich hervorragend bewährt, und weitere werden ihr folgen. Die Kolleginnen beteiligten sich in diesem Jahre schon mehr an den Schulungsstunden in Wismar als bisher. In ein Teil der Kolleginnen interessiert sich mehr für die Verbandsstätigkeit, als mancher Kollege. Soll sich die Agitation aber auch bei den fernstehenden Frauen und Mädchen voll und ganz auswirken, dann müssen sich unsere größeren Zahlstellen endlich einmal daran gewöhnen, Kolleginnen in die Verwaltung hineinanzuwählen und sie heranzuziehen zur aktiven Mitarbeit. Auch in den Untergruppen der Bezirkszahlstellen haben wir so manche tüchtige Kollegin entdeckt, aber sie wird ja nicht zur Mitarbeit aufgemuntert.

Eine große Vernachlässigung haben wir betreffs der Gewinnung der Jugendlichen zu verzeichnen. Wiederholte Ermahnungen, besonders an die größeren Zahlstellen gerichtet, haben nicht gefruchtet. Aber mit Nachdruck hat man versprochen, sich im Jahre 1930 mehr mit dieser Angelegenheit befassen zu wollen.

Außerdem fanden 1929 zwei Zahlstellenleiterkonferenzen statt, und zwar je eine für Pommern und Mecklenburg.

Der Mitgliederbestand im Jahre 1929 ist um 261 höher als im Jahre 1928, trotzdem viele für uns zuständige Betriebe stillgelegt sind.

Lohnbewegung.

Die Arbeitgeber in der Papier-, Zuder-, Konjerven- und Zieglerindustrie kündigten uns die Verträge ab und teilten uns wohlwollend mit, daß sie eventl. von einem Lohnabhang Abstand nehmen würden, wenn wir uns mit einer Verlängerung der bestehenden Verträge um 1 bis 2 Jahre einverstanden erklären würden. Unsere Antworten waren Lohnforderungen in Höhe von 10 Rpfr. pro Stunde. Wo uns die Verträge nicht von den Arbeitgebern gekündigt wurden, haben wir sie gekündigt und gleichzeitig eine Lohnhöhung um 10 Rpfr. pro Stunde gefordert. Diese Forderungen, die wir uns zuerst an den Verhandlungstisch zu setzen, lieferten jedweder Lohnhöhung den jährlichen Nachdruck.

Mecklenburger Zieglerindustrie wurde vom Zieglerverband Schwerein ein Spruch gefällt, daß die beste Lohnbewegung bleiben sollten. Vor dem Schlichter in Danzig wurde dieser Spruch jedoch geändert, indem für alle Zieglerbetriebe eine Lohnhöhung von 3 Rpfr. pro Stunde vorgeschrieben wurde. In Pommern, wo ein einheitlicher Bezirkslohnvertrag noch nicht besteht, wurde in den meisten Fällen mit Hilfe des Schlichtersauswahnges und des Schlichters eine durchschnittliche Lohnhöhung von 4 Rpfr. pro Stunde durchgeführt. Dabei wurde berücksichtigt, die erst durch die Agitation gewonnen waren. In dem Bericht der Firma Kueper, Dramburg, mußte um die Anerkennung des Lohnes gekämpft werden. Der Streit ging zunächst durch Zugzwang von Arbeitern vom Lande verloren. Als der Streit aufgehoben war, wurden die Streikbrecher zum Teufel gejagt, und der Unternehmer holte sich unsere Leute, soweit sie bei ihm wieder arbeiten wollten, wieder und zahlte ihnen, was sie vorher gefordert hatten. Ein anderer Zieglerbetrieber aus Ducherow wurde von einem Sanus zum Bankrott. Einige verlorengewonnene Prozesse vor dem Arbeitsgericht veranlaßten den Herrn Landvertrager und Gewerkschaft anzuerkennen. Es war für diesen Unternehmer eine bittere Lehre. Auch in der Bezirkszahlstelle Stralsund gelang es, mit Zieglerbetriebern, die bis dato nicht erlöst waren, Verträge abzuschließen.

In der chemischen, Papier-, Zell-, Seiden-, Leder- und Konjervenindustrie wurde nach heftigen Widerständen eine durchschnittliche Lohnhöhung von 4 Rpfr. pro Stunde erreicht. Es gelang uns auch in der Stärkeindustrie, mehr Einfluß als bisher zu gewinnen, Löhne zu erhöhen und Tarife abzuschließen. Auch

Die Aktionäre können also wieder mit dem Ergebnis zufrieden sein. Auch der Aufsichtsrat kann nach ein ganz gutes Trinkgeld einstecken. Nach einer Aufstellung vom Jahre 1927 befindet er aus acht Personen. Alles Herren, die in ausbeutenden Stellungen sich befinden und die wahrscheinlich auch noch von einer Reihe anderer Aufsichtsratsposten mindestens je ebensoviele als „Trinkgeld“ für ihre „mühevollen“ Tätigkeit einstecken werden. Im Durchschnitte bekommt jedes der 8 Aufsichtsratsmitglieder 3028,21 RM. Das ist ein ganz schöner Posten, wenn man ihn so neben seinem Berufseinkommen einstecken kann.

Vielleicht sind diese Herren auch unter denjenigen zu finden, welche bauernd über die sozialen Klassen, hauptsächlich die hohe Arbeitslosenunterstützung der durch die Rationalisierung auf die Straße geworfenen Arbeiterklasse wettern. Die arbeitslosen Zementarbeiter würden jedenfalls froh sein, wenn sie durchschnittlich 3028,21 RM als Jahresarbeitslohnbuch bekommen könnten. Dafür würden sie gern ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen und wahrscheinlich zufriedener sein, als die Aktionäre und Aufsichtsratsmitglieder.

Der Bericht verzeichnet noch, daß das neue Geschäftsjahr mit einer teilweise nicht erheblichen Ermäßigung der Preise begonnen habe. Die Firma hofft aber, daß die Auswirkung der neuen Maschinenbeschaffung ihre Position im Weltkampfe ausreichend stärken wird.

Trotzdem auch die Zementindustriellen bei jeder Gelegenheit über Zwangswirtschaft und sie einengende Schranken lamentieren, hat sich die Zementindustrie, welche anderen recht gern Joffeln anlegt, sehr wohl dabei gefeundet, wie man aus den Geschäftsberichten in der Fachpresse ersehen kann.

Die Arbeiterklasse kann weniger zufrieden sein. Das Jahr 1929 hat für sie erhöhte Not und Sorge gebracht.

Konnten wir in die Fischkonjervenindustrie des Stralsunder Bezirks eindringen, die Löhne wesentlich erhöhen und Tarifverträge vereinbaren.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die von dem Juni-Städte-Vertrag erfaßt wurden, wurde der Lohn ebenfalls um 4 Rpfr. pro Stunde erhöht.

Weitere Lohnerfolge wurden erzielt in den Freibewerben in Greifswald und auf Hagen, in den Rohrgewerbetrieben in Friedow, in der Zementwaren- und Kunststoffsabrik in Grevesmühlen, in den Kalksteinfabriken in Gollnow und Treptow, in den Kalkwerken Grahenz und Jarngloff, in den Mäckerereien in Wismar usw.

Mit den Erfolgen unserer Lohnbewegungen waren nicht immer alle Kollegen einverstanden. Wir auch nicht! Aber die Zimmerkritiker sollten uns einmal zeigen, wie es möglich ist, ohne Kampf und bei unierer Organisationsstärke mehr für unsere Kollegen herauszuholen. Einem Streiks müßte wir bei dieser Gelegenheit gedenken, der länger als 27 Wochen andauerte. Wir mußten den Streik abbrechen, weil nichts mehr zu holen war, und wir nicht wollten, daß vielleicht noch Leute auf der Straße bleiben würden.

Rechtschutz.

Von der Gauleitung direkt wurden 110 Klagen vor den Arbeitsgerichten vertreten, und vor dem Landesarbeitsgericht vier Klagen.

Vor dem Arbeitsgericht gewonnene Klagen durch Vergleich mit 1142,44 RM, durch Urteil mit 4213,45 RM.

Vor dem Landesarbeitsgericht gewonnene Klagen durch Vergleich mit 534 RM, durch Urteil mit 118 RM; insgesamt 6007,89 RM.

Eine Feststellungsfrage mit einem Streitwert von 500 RM wurde vor dem Landesarbeitsgericht gewonnen.

Von den Firmen vor Statistenden des Termins wurden Klagen mit 225,45 RM anerkannt.

Von der Bezirksleitung in Mecklenburg wurden im Jahre 1929 17 Klagen vertreten, davon 5 Klagen gewonnen mit 177,64 Reichsmark; 5 Klagen erledigt durch Vergleich; 5 Klagen verloren; 2 Klagen sind noch nicht beendet.

Die Zahl der Prozesse, die allein von der Gauleitung geführt sind, beweist, was sich die Unternehmer an Uebertretungen des Arbeits- und Tarifrechts herausnehmen. Wie würde es aussehen, wenn die Arbeiter nicht die Gewerkschaften im Rücken hätten? Die Erfolge, die die Gewerkschaften für ihre Mitglieder auf dem Gebiete des Arbeits- und Tarifrechts vor den Arbeitsgerichten erzielt haben, müssen mehr als bisher von unseren Kollegen für die Agitation ausgenutzt werden.

Mitgliederbewegung und Beitragsleistung.

Das Jahr 1929 brachte uns einen Zugang von 511 Mitgliedern.

Die Mitgliederzahl betrug im 1. Quartal 18 576, im 2. Quartal 19 017, im 3. Quartal 19 092, im 4. Quartal 19 087.

Die Beitragsleistung war im

	Insgesamt	Pro Kopf
1. Quartal	207 205 RM	11,1 RM
2. Quartal	229 153 RM	11,8 RM
3. Quartal	225 255 RM	11,8 RM
4. Quartal	227 549 RM	11,9 RM

Die Beitragsleistung läßt sehr zu wünschen übrig. Die Zahlstellenleitungen müssen nachsichtigen, ob auch richtig kassiert wird. Insgesamt verkaufte Marken: 718 582 Stück = 697 196 RM.

Tätigkeit.

Die gesamte Tätigkeit der Gauleitung im Jahre 1929: Beratungssachen 2, Vermittlung bei Lohnbewegungen und Differenzen 13, Revisionen 27, Hausagitation 3, Betriebsräte-Konferenzen 2, Branchen-Konferenzen 5, Konferenzen mit Ortsverwaltungen 15, Konferenzen mit Gauleitern 9, Sitzungen 125, Branchen-Versammlungen 9, Betriebs-Versammlungen 47, Mitglieder-Versammlungen 14, öffentliche Versammlungen 5, Sitzungen vor dem Schlichter und Arbeitsgericht 156, Verschiedenes 22; insgesamt 915.

Mit unserer Tätigkeit, die wir nur im Interesse unserer Kollegen ausgeübt haben, haben wir mehr getan, als jene Maulhelden, die nach einer bestimmten Moskauer Parole alles herunterreißen, aber nichts besser machen können.

Wir werden auch in Zukunft bestrebt sein, das zu tun, was wir im Interesse der Kollegen für notwendig halten und hoffen, daß wir hierbei die Unterstützung und Mitarbeit unserer Kolleginnen und Kollegen finden.

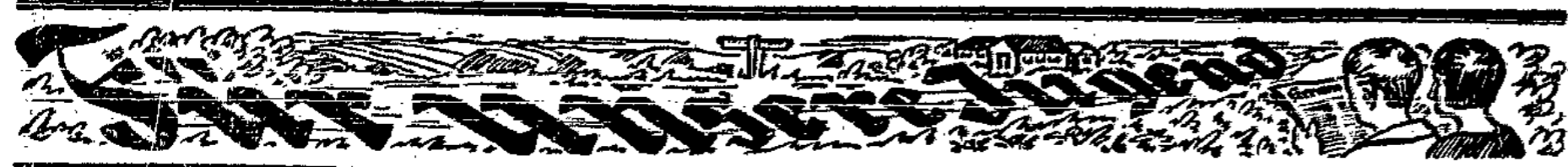
Allen Mitarbeitern sagen wir unseren besten Dank.

Die Gauleitung IV.

S. A. R. Wiesenhütter.

Lübeck.

32 Jahre Hauskassierer. Wenn unsere Mitglieder der Zahlstelle Lübeck diese Zeitung durch Friedrich Seiffert in das Haus bekommen, dann sind es genau 32 Jahre, daß er als Hauskassierer tätig ist. Mit seinen 67 Jahren geht er noch recht jede Woche die Beiträge einholen. Ein treuer, ehrlicher, gewissenhafter Funktionär, der im stillen immer seine Pflicht erfüllt. Möge er vielen als Vorbild dienen.



Vergeht den inneren Menschen nicht!

Das ist ein Imperativ, der sich diesmal am „Tage des Buches“ besonders an die Jugend richtet. Man kann in Zweifel sein, ob in dieser Frage Generationsunterschiede von nennenswerter Bedeutung sind. Das schwer schaffende oder von schweren Kriegen heimgeführte Proletariat sieht in allen Altersklassen vor sich als größtes Kulturhemmnis die Plage. Die tägliche Plage um das leibliche Brot. Sie frisst die besten Kräfte des Menschen; sie zermürbt den weniger Widerstandsfähigen; die Arbeitslosigkeit bedrückt die geistliche Beweglichkeit. Kultur steht Mühe voraus. Mühe und Anspannungsfähigkeit des Hirns und Herzens. Diese Voraussetzungen aber können nur im politischen und wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiterklasse geschaffen werden. Darum steht an dem Vordruck, daß den Weg zur Kultur öffnet, mit Klammern schließt das Wort: Städt. Partei, darüber keine Schwächung der freien Gewerkschaften! Denn jede Zerbröckelung dieser tragenden Fundamente erschütterte die Würde des gemeinsamen Klassenkampfes, mindert den materiellen und idealen Ertrag.

Aber es wäre nun wieder sehr falsch, anzunehmen, daß die geistige und seelische Plünderung des inneren Menschen ein Luxus sei, den man sich erst nach voller sozialer Befreiung der Arbeiterklasse gönnen dürfe. Nein. In aller Lage, in aller Pflichterfüllung bleibt doch ein Rest von Bewegungsmöglichkeit, bleiben zwei Stunden, bleibt eine, bleibt ein Ueberfluß an Kraft und Energie bei vielen — und besonders bei der Jugend. Die umfangreiche Sportbewegung beweist es. Die Notwendigkeit einer herrgeredeten Körperpflege steht gerade bei der meist einseitigen Tätigkeit des Arbeiters außer Frage. Aber es ist kaum eine Frage, daß die Plage des geistigen Menschen etwas in den Vordergrund geraten und in ihrer Bedeutung nicht überall erkannt ist. Man braucht gar nicht einzustimmen in den Chor derjenigen, die von der „geistigen Interesslosigkeit der heutigen Jugend“ reden. Die „heutige Jugend“ ist nicht anders, als die Jugend vorläufigerer Generationen. Wenn ich in meiner Jugend die Wahl zwischen einem Schichtschlauer und der Lektüre eines Buches hatte, so habe ich den Verlauf vorgezogen. Denn das Eis vergeht, aber das Buch wartet, bis ich wieder einmal Zeit dafür habe. Eine sanfte Erinnerung an den Wert geistigen Trainings ist also nur dort angebracht, wo er verkannt oder vollständig mißachtet wird. Und da ist es keineswegs nur Sport, da sind es vielmehr andere Hemmnisse, die einer Vertiefung des inneren Menschen im Wege stehen. Man braucht es kaum zu sagen: die Verkümmern, die Verflüchtigung des seelischen Lebens ist zum bedeutendsten Teile eine Folge der „Rohheit“ des Kindes. Die hungrige Phantasie der Jugend, mit Recht auf Sättigung bedacht, wird hier vielfach mit Schmarren gefüttert, die dem einigermäßen kultivierten Geiste Brechreiz erregen. Es gibt natürlich auch hier Theater, die auf Niveau halten. Im allgemeinen aber tobt sich die ganze Unwahrscheinlichkeit einer bedenkenlosen kapitalistischen Geschäftemacherei auf der Leinwand aus. Hier werden neue „Ideen“ fabrikiert: der junge Mann bringt es vom Stiefelpolier zum berühmten Detektiv, zum eleganten Hochkapler, zum Militärarzt; die Stenotypistin oder das hübsche Fabrikmädchen wird Filmstar oder Braut eines Goldminenbesizers. Die soziale Frage ist im Handumdrehen gelöst. Was braucht man sich da noch um Partei oder Gewerkschaft zu kümmern? Das geht ja viel zu langsam; im Kientopp hämmert man die Entwicklung in einer Stunde herunter. Man braucht nur auf den „Glücksfall“ zu warten. Der Tag wird schon kommen, wo einem die gebetenen Tausen in den Mund fliegen. Das Rüstzeug ist es nicht allein, das die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ in geistigen Dingen erzeugt. Es gibt noch andere Veranlassungen namentlich in der Großstadt, die von einer erbarmungswürdigen Anpruchslosigkeit der Teilnehmer zeugen. Hier soll nichts gegen ein harmloses lustiges Vergnügen, es soll nur festgestellt werden, daß Hirn und Seele, die sich gewohnheitsmäßig und ausschließlich mit Surrogaten nähren, verkümmern und untauglich für den bewussten Klassenkampf werden müssen.

Die Sozialdemokratie ist die Kulturträgerin der Masse: sie will und muß wollen ein Volk mit nebelreichem Hirn, mit weitem Blick, mit tatbereiter Seele. Eines der wesentlichsten Mittel zur Aufhebung unseres geistigen Horizonts aber ist das Buch. Die seelischen Gründe und Hintergründe im Menschen unzulänglich; sie aufnahmebereit für zukunftsstrahlende Saat zu machen, diese Saat selber zu streuen — was wäre geeigneter als ein Buch, das du in jeder freien Stunde vom Brete nehmen kannst? Es ist doch so bequem. Und du brauchst nur ein wenig Sammlung, ein wenig Andacht. Du brauchst den „guten Willen!“ Und du brauchst das gute Buch — freilich. Aber gute Bücher liegen heute sozusagen auf der Straße, nachdem große Teile der Arbeiterschaft sich zu Gemeinschaften zusammengeschlossen, um mit ihrem Zaubermittel Organisation die Produktion klassenmäßiger und literarisch einwandfreier Literatur selbst in die Hand zu nehmen. So kaufen die Buchdrucker, die ja berufsmäßig die nächsten dazu waren, die Bücherzettel Gutenberg. Sie hat es in etwa fünf Jahren auf nahezu 70.000 Titel über gebracht; diese Mitglieder entnahmen im Jahre 1929 nicht weniger als 336.000 Bände! Jeder kann hier Mitglied werden, zahlt monatlich eine Mark und darf sich dafür aus den mehr als 100 Büchern jährlich vier auswählen. In jedem Jahre erscheinen mindestens 20 neue Werke, so daß hier eine reichhaltige Auswahl in Romanen, Reise- und populärwissenschaftlichen Werken besteht. Niemand also darf sagen, daß er den Weg zum guten Buch nicht finden könne. Wer ihn aber erkennen hat, wird Neuland in ungeahntem Ausmaß entdecken. Denn das gute Buch ist kein Surrogat des Lebens; es ist ein Stück des Lebens selbst. Und die Jugend, die Bewegung, Freude, Auntheit, Humor und Abenteuer sucht, wird mit Erstaunen und Glücksgefühl die Menge und Tiefe der Anregungen in sich aufnehmen, die in guten Büchern unaufdringlich verborgen sind. Pleat und kräftigt den Körper, es ist recht, aber, junge Genossen: vergeht auch den inneren Menschen nicht! Ernst Freytag.

Der äußere Mensch.

Es ist gewiß eine schöne Sache, großzügig und freimütig den nebensächlichen äußerlichen keinen übertriebenen Wert beizulegen, nur muß man die rechten Grenzen des Nebenmenschlichen wahren. Die äußere Erscheinung des Menschen ist gewiß nicht das Wichtigste, aber sie ist auch nicht nebensächlich. Unsere Persönlichkeit wird nicht nur durch den sittlichen Charakter, nicht nur durch „ere Leistungen bestimmt, sondern in hohem Grade auch durch unseren ganz anderen Menschen.

Da sei zunächst der Kleidung gedacht. Ihre erste Aufgabe liegt doch sicher in der Zweckmäßigkeit, daneben auch in der Schönheit. Ein Kleid verdient höchstes Lob, wenn es schlicht, ohne zu verhinbern, daß die Körperformen zur Geltung kommen, und wenn es in Farbe, Stoff und Form zum ganzen Menschen und zu seiner augenblicklichen Lebenslage paßt. Die Kleidung läßt auch sichere Schlüsse auf das Wesen eines Menschen zu. Es ist nicht anzunehmen, daß ein reinlicher, ordnungsliebender Mensch in nachlässigen, unansehnlichen Kleidern einhergeht. Die abgetretenen Pantalen lassen durchaus nicht auf Ordnungssinn und wirtschaftlichen Sinn schließen. Zu beachten ist, was Chesterfield, jener alte Meister der Lebenskunst, seinem Sohne sagt: „Jedem ungehörigen Kleidungsstück läßt sich immer auf eine Charaktereigenschaft schließen. Ein Mensch vom Taft und Geist vermeidet daher sorgfältig alles Auffällige im Anzuge. Er kleidet sich sauber, in ein gutgehabtes Gewand, zieht einen besseren

Kod an, wo es die Gelegenheit verlangt und ein einfacheres Kleid, wo es Beruf und Umstände fordern.

Die Wahrheit komme auch in unserer Kleidung zur Geltung; sie stimme harmonisch zum übrigen Menschen. Ein Ueberladen mit Putz, der zu unserer Persönlichkeit nicht paßt, widerspricht dem guten Geschmack. Hier haben Lessings Worte Geltung: „Die größte Einfachheit war immer die größte Schönheit.“ „Kleider machen Leute“, sagt das Sprichwort mit Recht; das sollte uns aber auch anhalten, ihnen die gebührende Rücksicht zu zollen und uns gleich sehr zu hüten vor weiten Gegenständen, wie z. B. vor dem lächerlichen Webegigerkinn wie vor unappetitlicher Schlampligkeit.

Eng zur Kleidung gehört die Körperhaltung. Auch die beste Kleidung verliert bei ißler Haltung. Ein gebeugter Kopf und krummer Rücken, nachlässiger Gang, übergroße Steifheit im Gehen und Sitzen fördern das äußere Bild. Gerade in diesem Punkte fehlt es bei vielen, vor allem an der leichten, sicheren Beherrschung der Glieder. Somit ganz tüchtige Menschen sind wie umgewandelt, wenn sie in Gesellschaft kommen und gar zum Mittelpunkt der Teilnahme werden. Da weiß mancher nicht, wofür vor lauter Verlegenheit, welchen Satz er zuerst heroorbringen, was er mit Armen und Beinen anfangen soll. Was nützen alle Vorzüge, wenn man in solchen Augenblicken nicht seinen äußeren Menschen zu beherrschen weiß. Man erntet dann nur ein mittelbüßiges Lächeln oder Achselzucken, während Menschen, die ihr Äußeres pflegen, auch bei geringer sonstiger Bildung in der Gesellschaft für sich einnehmen.

Auch der Sprache sei gedacht. Wie oft läßt nicht schon ihr Klang zu wünschen übrig. Man möchte manchmal eher annehmen, ein Tier nachahmen als einen Menschen sprechen zu hören. Toner

ollert wie eine Rohrdohmel, dieser grunzt unverständliche Worte, ein anderer näßelt oder schnarrt. Es ist doch wirklich nicht schwer, wenigstens lautrein zu reden. Wie wohlklingend berührt eine klangvolle, reine, ausdrucksvolle Stimme; sie ist ein Mittel, um von vornherein für sich einzunehmen. Und nun gar erst die Form der Sprache. Wie wird in dieser Beziehung die Sprache oft gemartert und verstümmelt. Da wird ein Satz begonnen, von dem man das Ende erraten muß, da hehnt man sich mitten im Satz und fährt auf einmal in einem neuen, zum Anfang gar nicht passenden Satze fort, da wird nicht überlegt, ob ein Ausdruck auch der fraglichen Sache angemessen ist. Wer kennt nicht Beispiele einer nachlässigen Rede wie das schreckliche schöne Vergnügen, den juchendbar netten Menschen, das Nicht oder Nicht, das heute von vielen in jedem Satz gebraucht wird? Zu Grunde liegen alle solche Fehler und Nachlässigkeiten nur in unserer Gedankenlosigkeit begründet. Wenn wir uns mehr in Zucht hielten, sprächen wir auch formvollendeter; wenn wir mehr nachdachten, fänden wir auch die rechten Ausdrücke. Beim Schreiben geben wir uns in der Regel rechte Mühe, uns gut und richtig auszudrücken, während wir uns beim Sprechen nur allzu sehr gehen lassen. Also mehr Sprachzucht, auch in unserer Umgangssprache. Erinnerung sei hier an das Bibelwort: „Gute Rede sei allzeit lieblich und mit Salz gewürzt“, und Herder bemerkt richtig: „Es gibt kein beschwerlicheres Geschöpf der menschlichen Gesellschaft als ein Mensch von dummen Reden und kein erbärmlicheres Glied unter den menschlichen Gliedern als eine vorlaufende, stolpernde, stotternde, grobe oder unzeitig spitzige und jeingeschliffene, dünne Zunge.“

Ist das, was hier verlangt wurde, auch nur eine „feine, äußerliche Zucht“, so wollen wir's doch nicht gering achten. Es macht nie einen schönen Eindruck, wenn sich Form und Inhalt nicht entsprechen. Der äußere Mensch ist eben nicht nur etwas Äußerliches, sondern zugleich der Ausfluß des inneren Menschen. Er vollendet erst unsere Gesamtpersonlichkeit. Diese aber wirkt auf unsere Mitmenschen mit der ganzen Fülle ihrer Einseitigkeiten, und sie gibt in unserem Beruf wie überhaupt im ganzen Leben in hohem Grade mit dem Ausschlag. Das bedingt wohl und handelt entsprechend! Aus dem „Jungbuchdrucker“.

Nur der Verband . . .

Nur der Verband kann uns erstreiten,
Was man uns dreist noch vorenthält!
Nur der Verband kann uns bereiten
Ein Dasein, das auch uns gefällt!
Nur im Verband ruht untre Stärke,
Nur im Verband ruht untre Macht,
Denn seine Kämpfe, seine Werke
Befreien uns aus Not und Nacht!

Nur der Verband wahrt untre Rechte
Und gibt uns Rückhalt, Schutz und Dach!
Nur der Verband hält das Gemächte
Des Unternehmertums in Schach!
Nur der Verband vermag zu brechen
Das Joch moderner Sklaverei!
Ihn immer stärken, nimmer schwächen —
Sei untre Lösung frisch und frei!

Victor Kalinowski.

Mißwirtschaft der Technischen Nothilfe.

Die Technische Nothilfe hatte einen Hauptmann a. D. mit Namen Lehmann als Buchhalter eingestellt, der zugleich Kassierer und Chef der Inzeratenabteilung des Räder-Verlages war. Dieser Zeitgenosse hat innerhalb 14 Jahren insgesamt 40.000 RM unterschlagen. Dieserhalb stand er vor den Schranken des Gerichts. Der Angeklagte behauptete vor Gericht, daß seine Verfehlungen durch die miserable Geschäftsführung der Technischen Nothilfe begünstigt worden sei. Im „B. V. C.“ befindet sich ein Gerichtsbericht, dem wir folgendes entnehmen: „Durch die mangelnde Kontrolle wurde es ihm aber immer wieder ermöglicht, sich größere Summen anzueignen. Oft wurde eine Rechnung vom Verlag dreimal bezahlt, wenn sie eben dreimal vorgelegt wurde. Auch die Stiftungsgelder, die viele große Kaufhäuser und Industrielle für die Technische Nothilfe gaben, wurden nicht immer verbucht. Oft erhielt er Besuch, der ihm einfach Geld auf den Tisch legte, das er sich dann in seine Tasche steckte. Er hatte weder einen Gehaltszettel zur Verfügung, noch andere sichere Aufbewahrungsmöglichkeiten. Das Geld, über das er disponierte, befand sich immer in einem nicht verschlossenen Drahtgefäß.“

Man bedenke, daß es sich hier zum größten Teil um Gelder der Allgemeinheit handelt, denn nach wie vor wird die Lenk durch Inventionen. Daß aber daneben die Unternehmer diese Institution zu schätzen wissen, zeigen die reichhaltigen Spenden, wie sie Lehmann übergeben wurden. Wie aus dem Gerichtsbericht hervorgeht, wurden sie ihm einfach auf den Tisch gelegt. Kein Wunder, daß dieser Herr glaubte, aus dem Vollen wirtschaften zu können. Es wird Zeit, daß diese trübe Quelle verstopft wird.

Aus der Sterblichkeitsstatistik.

Wie notwendig eine Lebensversicherung in jeder Familie ist, beweist ein Blick in die Sterblichkeitsstatistik. Nach der deutschen Reichssterblichkeitsstatistik 1924/26 stirbt von allen Männern bis zum Alter von

- 35 Jahren jeder Neunundvierzigste,
- 40 Jahren jeder Dreiundzwanzigste,
- 50 Jahren jeder Neunte,
- 60 Jahren jeder Vierte.

Die werktätige Bevölkerung verliert nicht über größere Erparnisse. Vittere Not lebt darum fast in allen Familien ein, wo der Ernährer seinen Angehörigen entziffen wird. Viele glauben allerdings, unter Hinweis auf ihre gegenwärtige gute Gesundheit den Abschluß einer Lebensversicherung ablehnen zu können. Daß diese Einstellung durchaus falsch ist, lehrt jeder Tag aufs neue.

Für die Arbeitnehmerschaft kommt bei dem Abschluß von Volks- und Lebensversicherungen nur die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Mitgliedschaft, in Frage, die in allen größeren und zahlreichen kleineren Orten Vertretung hat. Sind diese nicht bekannt, werde man sich direkt an den Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 3, an der Alter 58/59.

Literarisches.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Str. 137. Dem Frühlingsheft ist die Mitbeteiligung der „Gesundheit“ der vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebenen und an den Schaltern der Krankenkassen verteilten Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes gewidmet.

„Aus der Werkstatt der Natur.“ Die Industrie und die damit verbundene Zusammenballung von Massen in großen Städten entzieht immer mehr Menschen von der Natur. Wie viele sind heute noch im Besitze der Natur zu lesen? Die Phantasie heutiger Generationen klettert bis zu den fernsten Planeten, aber die Naturkenntnis reicht nicht bis zu dem Baum, der im massigen Hinterhausgarten steht.

Die Bücherzilde Gutenberg hat im ersten Quartal dieses Jahres ein Buch herausgebracht, das geeignet ist, viele wieder in die Naturwissenschaften einzuführen. Hermann Drechsler, der schon vor dem Kriege bekannt war als einer der wenigen, die in leichtverständlicher Weise über die großen und kleinen Dinge des Naturgeschehens zu schreiben verstanden, hat dieses Buch verfaßt, das unter dem Titel „Aus der Werkstatt der Natur“ als vorbildlich ausgestatteter Dreimarkband herauskam. Zahlreiche Abbildungen nach photographischen Aufnahmen des Verfassers unterstützen den ausgiebigen Text, der sich nie in trockene Fachsprache verliert, sondern stets plaudernd und unterhaltend bleibt, ohne sich dabei von den wissenschaftlichen Fundamenten zu entfernen.

Hermann Drechsler zeigt erst die großen Zusammenhänge des Naturgeschehens, liest dann aus der Welt der Alpen die ewigen Gesetze vom Kreislauf des Wassers ab, beobachtet die zerstörende Kleinarbeit des Wassertröpfchens, vertieft sich in die Geheimnisse der Embryologie und geht mit dem gesicherten Auge des Wissenden und mit der schwärmerischen Liebe des Naturverehrsers hinaus in den Wald, in die Heide, über die Halde und weiß in den unscheinbarsten Dingen Erkenntnisse und Poesie zu finden.

Es gereicht diesem Buch zum Vorzug, daß der Autor sich sein Wissen selbst erarbeiten mußte. Hermann Drechsler, der nie den Kontakt mit der Arbeiterschaft verloren hat, schreibt nicht absichtlich volkstümlich, nicht „von oben herab“, er erzählt wie ihm der Schnabel gewachsen ist und mit dem Gefühl der Verantwortung für die von ihm übernommene Aufgabe, notwendiges Wissen zu verbreiten.

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurden gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Bremen: Eduard Adamski, Buch-Nr. 886 446, Albert Gaberecht, Buch-Nr. 811 640, Otto Röhmann, Buch-Nr. 811 634; Barchim: Karl Niemann, Buch-Nr. II 681 270, Otto Bölich, Buch-Nr. I 004 054, Kurt Walter, Buch-Nr. II 681 279, Konrad Schlatte, II 758 462, Albert Mäler, Buch-Nr. II 620 955, Walter Rischow, Buch-Nr. 852 561; Heidenau: Wilig Gruhl, Buch-Nr. II 972 319, Raul Garnisch, Buch-Nr. 938 291; Gladstadt in Holstein: Otto Hoffmann, Buch-Nr. 847 572, Ludwig Dohrmann, Buch-Nr. 847 559; Jena: Rudolf Wachlet, Buch-Nr. 871 245, Gustav Heinrich, Buch-Nr. VI 76 965, Friedrich Kunzel, Buch-Nr. VI 222 158, Alfred Polrat, Buch-Nr. 806 406, Alfred Holl, Buch-Nr. S II 781 190, Goslar (Sarg): August Bauerohje, Buch-Nr. 696 551; Franz Friedrichs, Buch-Nr. 747 535.

Konstein.

Die Auszahlung von Unterstüzungen findet nur Sonnabends von 4 bis 6 Uhr nachmitt. statt. Die Ortsverwaltung.

Arbeitsmarkt.

(Inzerate unter Chiffre werden nicht aufgenommen.)

Glasfabrik in Weikwasser sucht zum sofortigen Antritt zwei Werkstellenebeschungen für starke Becher und einen Bechermachermeister für schwache Becher. Werkwohnungen werden in oberschbarer Zeit frei. Meldungen umgehend an die Arbeitsamtsniederstelle Weikwasser (D. 2.) erbeten. (25/30)

Shamoto-Formentischler, selbständiger, flotter Arbeiter, der in der Anfertigung von Shamotoformen Erfahrung hat, möglichst unverheiratet, sofort gesucht. Dommisscher Tonwerke, H. G. Dommissch a. d. Elbe. (26/30)

Vorgeschulteleiter, erziehen und tüchtig in seinem Fach, ausgerüstet mit reichen Spezialkenntnissen, fähig anzulernen und ein Personal zu leiten, wünscht sich zu verändern. Interessierte Firmen werden gebeten, ihre Angebote unter „F 11/30“ an die Redaktion „Keramischer Bund“ zu richten.

Tüchtiger Spezialist für Kobaltbänder (Imitation), sowie alle anderen Farbänder in rund und oval, eingearbeitet in Hotelgeschirr, sucht Dauerstellung. Prima Zeugnisse und Referenzen stehen zur Verfügung. 37 Jahre alt, verheiratet. Angebote unter „F 12/30“ sind zu richten an die Geschäftsstelle des Arbeiterverbandes Weikwasser.

Tüchtiger Meister für Elektrik sucht für möglichst bald Arbeit. Da verheiratet, Wohnung Bedingung. Angebote unter „F 13/30“ an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Weikwasser (D. 2.), Görtlicher Str. 45.

Jüngere, lediger Facettensteiner, sucht Stellung. Geht Angebote unter „F 14/30“ sind zu richten an den Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Darmstadt, Bismarckstr. 19.

Ein Anfänger, ledig, für Grobzeug im Porzellan oder Altkunstanlagen, sucht Arbeit. Antritt kann sofort erfolgen. Offerten sind zu richten an Paul Knöfel, Offenbach-Drill, Leichstr. 2.

Junger Formgießer und Modelliermeister, 20 Jahre alt, sucht für sofort Stellung. Angebote sind zu richten an den Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Tirschenreuth, Parkstraße 47b, 2. Stod.

Ziegeleiarbeiter, der mehrere Jahre als Seger tätig war, sucht baldmöglichst Beschäftigung als solcher. Suchender ist mit allen Arbeiten der Ziegelei vertraut. Zuschriften sind zu richten an Karl Rosters, Michelmweg, Nr. Bries, Bez. Breslau.

März.

Der Wind geht schon wärmer über den Weidhof.

Nimm die Kinder aus den Stuben geh in die Sonne!

Die Erde wird heiter, die Wolken zerreißen sich.

Solz ist genug geschlagen, den ganzen Winter durch, für das Jahr.

Der arme Teufel.

Von Alfred Sappert.

(Nachdruck verboten.)

Das Fabrikator hatte sich geöffnet. Eine Flut von Menschen drängte sich durch den schmalen Ausgang der Straße zu.

Die Arbeiter, die mangelhaft organisiert waren, hatten heute den Mut gefunden, ihrer Entrüstung über den kärglichen Lohn ihren organisiertesten Kollegen gegenüber Ausdruck zu geben.

Während nun die Belegschaft ihre Arbeitsräume verließ, stand der Lehmann Richard Schulze mit seinen zwei jüngeren Kollegen vor der Tür des Privatkontors und dachte nach.

Die drei Arbeiter traten geräuschlos ein, taten eine kurze Bewegung und blieben an der Tür stehen.

Herr Kaluzza, am Schreibtisch sitzend und über eine schriftliche Arbeit gebeugt, hob die Brille auf die Stirn und erkannte drei seiner Arbeiter.

„Nun, was wollt ihr denn heute noch?“ fragte er erstaunt.

„Über den Lohnsatz“, wiederholte der Betriebsobmann.

„Ach so! — Lohn? — Jetzt verstehe ich es!“ tat Herr Kaluzza verwundert.

„Was — Lohn? — Ich erziele mich der Lohn? Ich zahle, wie ich will, und wie ich kann!“

„Der Kaluzza! Wir sind der Meinung, daß Sie wohl in der Lage sind, an eine Aufbesserung unserer Löhne heranzugehen.“

„Ach, so! — Lohn? — Jetzt verstehe ich es!“ tat Herr Kaluzza verwundert.

„Nun, was wollt ihr denn heute noch?“ fragte er erstaunt.

„Über den Lohnsatz“, wiederholte der Betriebsobmann.

„Ach so! — Lohn? — Jetzt verstehe ich es!“ tat Herr Kaluzza verwundert.

„Was — Lohn? — Ich erziele mich der Lohn? Ich zahle, wie ich will, und wie ich kann!“

„Der Kaluzza! Wir sind der Meinung, daß Sie wohl in der Lage sind, an eine Aufbesserung unserer Löhne heranzugehen.“

„Ach, so! — Lohn? — Jetzt verstehe ich es!“ tat Herr Kaluzza verwundert.

„Nun, was wollt ihr denn heute noch?“ fragte er erstaunt.

„Über den Lohnsatz“, wiederholte der Betriebsobmann.

„Ach, so! — Lohn? — Jetzt verstehe ich es!“ tat Herr Kaluzza verwundert.

„Was — Lohn? — Ich erziele mich der Lohn? Ich zahle, wie ich will, und wie ich kann!“

„Der Kaluzza! Wir sind der Meinung, daß Sie wohl in der Lage sind, an eine Aufbesserung unserer Löhne heranzugehen.“

„Ach, so! — Lohn? — Jetzt verstehe ich es!“ tat Herr Kaluzza verwundert.

zulage erhalten, augenblicklich gestattet mir meine finanzielle Lage nicht, den Lohn zu erhöhen, wenn mich nicht der Pleitegeier erfassen soll, und Sie und die Leute wissen, daß wir beide darunter zu leiden haben.

„Wir Arbeiter schränken uns schon ein, Herr Kaluzza, aber ich sehe, ich erreiche nicht, obwohl ich im Auftrage der Belegschaft spreche, wie sich dieselbe in Ihren Aufträgen stellen wird, weiß ich nicht.“

Der Fabrikherr juckte mit den Schultern. „Ja, du lieber Himmel, wer fragt mich, ob es mir reicht, ob ich auskomme!“

Richard Schulze, der Obmann, sah seine beiden Kollegen topfschüttelnd an.

„Einige Mark sind für die beiden Frauen viel, für Sie doch wahrhaftig wenig.“

„Nicht nötig“, gab der Fabrikherr gekränkt zurück, „aber es geht einfach nicht.“

„Dah Sie, Herr Kaluzza, so arm sind, wußten wir nicht, und meine Mission ist erfüllt, wenn auch zwecklos.“

„Ein guter Komödienpieler ist er, das muß man ihm lassen“, sprach zornig Richard Schulze zu seinen beiden Kollegen.

„Wenn sie alle wieder organisiert sein werden, wird der Alte wieder Wind vor uns haben“, entgegnete ihm ein jüngerer Kollege.

Witzig schritten sie des Weges dahin.

Der Hackerbaron.

Der Baron trug ein Monokel, das um den Schein zu vermeiden, bloß aus Egoismus getragen zu werden, ein starkes Konderglas war.

„Und ich wurde mit einer freundlich-gnädigen Herablassung empfangen, als er mein Begehren hörte.“

„Sie möchten also „Hacker“ werden, teurer Freund?“ fragte er in einem Ton, als hätte es geheißen, ich wollte Finanzminister werden.

„Und ohne meine Antwort abzuwarten, fuhr der Baron fort: „Zum „Hacker“ braucht man hauptsächlich zwei Dinge: eine „Gade“ und eine tüchtige Portion Impertinenz.“

„Die hat er“, rief mit großer Ueberzeugung mein Freund Karl, der mich begleitete, während ich mich still verneigte.

„So benötigen Sie nur noch die „Gade“. Ich gebe Ihnen einige Adressen, von denen Sie eine, ganz gleich welche, aufsuchen.“

„Bitte, unterbrechen Sie mich nicht...! Sie stellen sich also, wie gesagt, als Major a. D. vor und erklären, Sie möchten sich der Propagandabätigkeit des Komitees an-schließen.“

„Natürlich! Wohin sonst möchten Sie sie stecken? In eine Affenmappe? Das wirkt unvornehm und riecht nach Provisionsreisen.“

„Mein Freund Karl kam mir zu Hilfe. Er Härte den Baron lachend an, daß ich keine Ahnung habe, was eine „Gade“ sei.“

„Sie wissen nicht, was eine „Gade“ ist? Nun, ich will es Ihnen erklären. Gade: nennt man einen doppelseitig bedruckten Kapierbogen; die eine Seite, und zwar die wichtigere, ist liniert und in zwei Abteilungen geteilt: in die eine wird die gespendete Summe, in die andere der Name des Gebers eingetragen.“

„Und wird er es tun?“ erkundigte ich mich etwas schüchtern.

„Selbstverständlich wird er es“, sagte der Baron und machte eine wegwerfende Bewegung, „Sie müssen nur wissen richtig aufzutreten.“

„Ich hat den Baron, mich über dieses „richtige Auftreten“ näher anzuklären. Er sann einige Sekunden nach, dann erwiderte er: „Sie können mich mal begleiten, wenn ich „hacker“ gehe.“

„Ich mußte lange warten. Endlich gegen Mittag erschien der Hackerbaron, und nachdem er ein ebenso kurzes wie geheimnisvolles Gespräch in der Telefonzelle ausgeführt hatte, gingen wir los.“

„Als wir das Wartezimmer des reichen Zahnbürsten-Fabrikanten betraten, schreite ich ensicht zurück, denn es warteten hier schon mindestens drei Duzend Herren mit Altmanteln und Knipshörnern in allen Größen.“

„Doch kann war der Wiener mit der Karte des Barons hinter der gepolsterten Tür verschwinden, da erschien schon im nächsten Augenblick ein Herr, runder Mann und wir schritten, begleitet von dem neidisch-verwunderten Blick der Herren Vertreter, in das Delikatessen des Zahn- und Scheuerbürsten-Fabrikanten Prospekt.“

Der Fabrikherr sah ihnen nach und atmete erleichtert auf, als er wieder allein in seinem behaglich ausgestatteten Kontor war. Sein Gesicht erheiterte sich wieder.

„Er trat in das Geschäftskontor. Dort fand er seine Gattin in einem Sessel, die sofort aufsprang und auf ihn zuellte.“

„Es ist alles gut und zu meinem Vorteil ausgegangen“, erwiderte er lachend. „Und nun, ist alles zur Ausfahrt fertig?“

„Ja, Walter, es kann losgehen! Ja, so — ich habe hier für morgen Abend vier gute Logenplätze in die Oper —“

„Fünftundvierzig Mark, wenn du sie gleich bezahlst!“ antwortete seine Gattin.

„Ja, das geht ja noch an, das Vergnügen hätte ich mir teurer gedacht. Fräulein Müller, zahlen Sie bitte meiner Gattin aus.“

„Bereinigung vaterländischer Verbände — — — Der Stahlhelm — Bund der Frontsoldaten — — — Unterstützung der nationalen Bewegung — — — hm! — — Fräulein Müller, verzeihen wir nicht, dem „Stahlhelm“ eine Beihilfe von fünfhundert Mark zu überweisen!“

„Fünftundert?“ fragte erstaunt seine Gattin.

„Ja, liebe Herta, es ist ein Opfer, aber das müssen wir schon bringen, Du weißt, ich bin immer ein Patriot und Vaterlandsfreund gewesen und will's auch bleiben.“

„Übermorgen, Herr Kaluzza, ist die letzte Frist zur Zahlung der Steuern!“

„Was? — Versucht nochmal! Der Staat saugt einen bis auf's Blut aus! Ich habe nichts — mögen sie die Bude pfänden!“

„Und mit einem hellen Aufschrei schritt er mit seiner Gattin zur Tür hinaus.“

dieser ein kleiner, runder Mann und wir schritten, begleitet von dem neidisch-verwunderten Blick der Herren Vertreter, in das Delikatessen des Zahn- und Scheuerbürsten-Fabrikanten Prospekt.

„Lieber Herr“, leitete der Baron seine Diktion mit feudal näselnder Stimme ein, „wie man Ihnen fermündlich schon mitgeteilt hat, komme ich im Auftrag Sr. Hoheit des Prinzen Friedrich Max, um Sie aufzufordern, dem Orden der „Violetten Ritter“ beizutreten.“

Der rumbliche Zahnbürsten-Fabrikant war über so viel Ehre jählich entzückt. Seine Begeisterung laut er, als sein aristokratischer Begleiter wie nebenbei bemerkt, daß jedes neuentretende Mitglied der „Violetten Ritter“ eine Summe von dreitausend Mark für Zwecke des Ordens spendet.

„Als guter Kaufmann, hat sich Herr Prospekt eine Bedenkzeit aus. Worauf der Baron gekränkt meinte: „Se. Hoheit wird höchst erstaunt sein, daß Sie seiner Einladung nicht gleich Folge leisten.“

„Der Fürstent-Industrielle sah an: „Kennt mich denn Se. Hoheit? Ich habe noch nicht die Ehre gehabt, ihm vorgestellt werden.“

„Oh er Sie kennt! Mindestens so gut wie mich“, beteuerte der Baron, und sagte diesmal die Wahrheit. — „Uebrigens weiß es auch Herr Rittermeister“, fügte er hinzu und wies auf mich, der verblüfft schwieg.

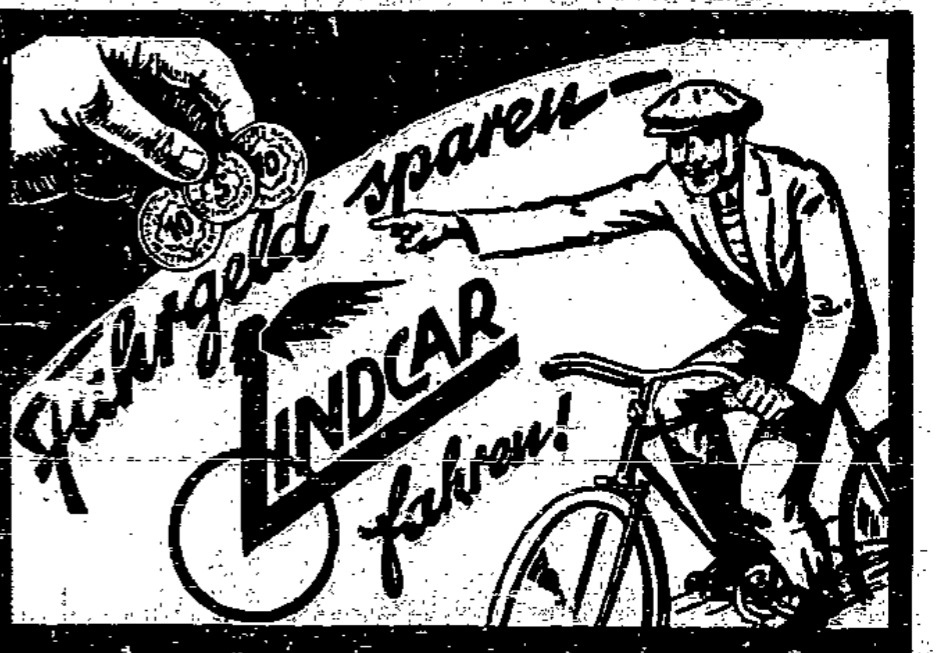
„Nicht zog mein Begleiter einen länglichen Schein aus der Tasche und reichte ihn gegen drei große Banknoten mit einer un-nachahmlich vornehmen Gestalt dem sauerfüß lächelnden Fabrikanten.“

„Als wir auf der Straße waren, reichte mir der Baron mehrere Hundertmarktscheine.“

„Das ist Ihr Verdienst. Die Hälfte der Provision. Und jetzt müssen Sie mich entschuldigen; ich habe eine kleine Gesellschaft zum Frühstück geladen. Adieu, lieber Freund!“

„Doch er wandte sich nochmals zurück: „Nicht einen Rat. Wenn Sie „Hacker“ werden, vergessen Sie nicht, jeweils vor einem Besuch das Opfer anzukümmeln und zu sagen: „Hallo! Hier Sekretariat Sr. Hoheit des Prinzen F. — über des Erbprinzen, des Kronprinzen oder Oberabbirens — ein Herr wird Sie aufsuchen im Auftrage Sr. Hoheit bzw. Eminenz, Erzellenz, Hochwürden, bitte ihn aufs freundlichste zu empfangen.““

Andre Polker.



1 Woche Fahrgeld = 1 Wochenrate

LINDCAR-FAHRRADWERK Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade

Unternehmen der Gewerkschaften

Auskunft und Bestellung durch alle gewerkschaftlichen Verbände und Ortsausschüsse und direkt durch die Firma